

Niederschrift



Gremium: **6. Sitzung des Kreistages**
Sitzungsdatum: **Montag, den 16.02.2009**
Sitzungsort: **Landratsamt Augsburg, Großer Sitzungssaal 184, 1. Stock**
Beginn: 09:00 Uhr Ende: 11:45 Uhr

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Vorsitzende / Vorsitzender:
Martin Sailer

Mitglieder:

Walter Aumann
Peter Baumeister
Peter Bergmeir
Friedlinde Besserer
Dr. Markus Brem
Hannelore Britzlmair
Manfred Buhl
Hans-Peter Dangl
Silvia Daßler
Konrad Dobler entschuldigt
Renate Durner entschuldigt
Hansjörg Durz
Marlies Fasching
Franz Fendt
Markus Ferber entschuldigt
Annemarie Finkel
Anni Fries
Ludwig Fröhlich
Dieter Gerstmayr
Hannes Grönninger
Sabine Grünwald
Harald Güller
Bernhard Hannemann
Johann Häusler
Dr. Michael Higl
Sabine Höchtl-Scheel
Ulrike Höfer
Peter Högg
Fritz Hölzl
Gabriele Huber
Karl Heinz Jahn
Ursula Jung
Pius Kaiser

Annegret Kirstein
Henriette Kirst-Kopp
Georg Klaußner
Alexander Kolb
Hubert Kraus
Rudolf Lautenbacher
Albert Lettinger
Heinz Liebert
Gerhard Mößner
Bernd Müller
Lorenz Müller
Franz Neher
Dr. Manfred Nozar
Gabriele Olbrich-Krakowitzer
Jürgen Reichert
Paul Reibacher
Gerhard Ringler
Eva Rößner
Alfred Sartor
Jürgen Schantin
Joachim Schoner
Peter Schönfelder
Franz Settele
Siegfried Skarke
Stefan Steinbacher
Robert Steppich
Max Strehle
Dr. Simone Strohmayer
Dr. Max Stumböck
Carolina Trautner
Otto Völk
Karl-Heinz Wagner
Bernhard Walter
Mathilde Wehrle
Frank Weiher
Robert Wittmann
Peter Ziegelmeier

Verwaltung:

Volker Ellerkmann
Stefan Natterer
Jürgen Pabel
Michael Püschel
Lothar Schneider
Martin Seitz

Weitere Anwesende:

Günther Prestele, Abfallwirtschaftsbetrieb (zu TOP 2)
Sabine Schneider-Dempf, Abfallwirtschaftsbetrieb (zu TOP 2)

Schriftführerin:

Ulla Berger

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2007;
Feststellung und Entlastung gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO
Vorlage: 09/0004
2. Wirtschaftsplan 2009 für den Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Augsburg
Vorlage: 09/0013
3. Kreishaushalt 2009;
Erlass der Haushaltssatzung
Vorlage: 09/0012
4. Änderung in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: 08/0288
5. Verschiedenes
6. Wünsche und Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

7. Nebentätigkeiten des Landrats;
Nebentätigkeitsgenehmigung - Befreiung von der Ablieferungspflicht
Vorlage: 09/0014
8. Verschiedenes
9. Wünsche und Anfragen

Mit der den Mitgliedern zusammen mit der Einladung zugegangenen Tagesordnung besteht Einverständnis.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt der Kreistag folgender Persönlichkeiten:

Am 02.02.2009 verstarb Kreisrat a. D. Richard Wagner. Richard Wagner war von 1952 bis 1954 2. Bgm. und von 1954 bis 1966 1. Bgm. der Stadt Schwabmünchen. Von 1956 bis 1978 gehörte Richard Wagner dem Kreistag an. Seit Dezember 1986 war er außerdem als Kreisheimatpfleger tätig.

Am 04.02.2009 verstarb Kreisrat a. D. Benedikt Weldishofer aus Welden. Er war von 1966 bis 1984 Mitglied des Kreistages.

Außerdem gratuliert Landrat Sailer dem Altlandrat und ehemaligen Kreisrat Dr. Hermann Haisch aus Mindelheim zum 70. Geburtstag am 06.12.2008. Er war von 1972 bis 1977 Mitglied des Kreistages.

Am 16.12.2008 feierte Kreisrat a. D. Werner Tietz seinen 80. Geburtstag. Werner Tietz gehörte dem Kreistag von 1976 bis 1978 an.

Am 16.01.2009 feierten Kreisrätin a. D. Elisabeth Zerfaß aus Königsbrunn (im Kreistag von 1990 bis 2002) und am 25.01.2009 Kreisrat a. D. Edmund Behringer aus Nordendorf (Mitglied des Kreistages von 1978 bis 1984 und 1988 bis 1990) ihren 65. Geburtstag.

Ihren 50. Geburtstag feierte die ehemalige Kreisrätin Karin Mayer-Schmid aus Gablingen. Karin Mayer-Schmid gehörte dem Kreistag von 2002 bis 2008 an.

Ferner gratuliert Landrat Sailer dem Kreistagskollegen Stefan Steinbacher, der Anfang Januar aus der Hand des Wirtschaftsministers das Bundesverdienstkreuz erhalten hat, sowie Kreisrat Hansjörg Durz aus Neusäß zur Geburt seines Sohnes Ferdinand.

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2007; Feststellung und Entlastung gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO Vorlage: 09/0004

Anlagen: 2

Die Kassen- und Jahresrechnung 2007 wurde rechtzeitig erstellt und dem Kreisausschuss als Vorlage 08/0047 zur Kenntnis gegeben. Durch Beschluss vom 31.03.2008 hat der Kreisausschuss die Jahresrechnung 2007 dem Rechnungsprüfungsausschuss zur örtlichen Prüfung zugewiesen. Nach Durchführung des Prüfungsverfahrens hat der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses nunmehr den dieser Sachverhaltsdarstellung als Anlage beigefügten Bericht über die örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2007 vom 04.12.2008 mit Schreiben vom 11.12.2008 vorgelegt.

In der im Bericht enthaltenen Prüfungsbestätigung wurde zusammenfassend festgestellt, dass die Jahresrechnung 2007 den Bestimmungen des Art. 88 LKrO entspricht und sich keine Unstimmigkeiten ergaben, die das Rechnungsergebnis verändern würden. Unter Hinweis auf die im Prüfungsbericht enthaltenen Bemerkungen wurde gleichzeitig bestätigt, dass keine Mängel vorliegen, die einer Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung 2007 durch den Kreistag entgegen stünden (Prüfungsbericht S. 40).

Einzelbemerkungen, die eine weitere Veranlassung durch die Verwaltung erforderten, sind nicht enthalten. Der Kreisausschuss hat deshalb mit Beschluss vom 12.01.2009 (Vorlage Nr. 08/0271) dem Kreistag die Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung 2007 gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO empfohlen.

Gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO ist der Kreistag ermächtigt, nach Durchführung der örtlichen Prüfung der Jahresrechnung und der Jahresabschlüsse (Art. 89 LKrO) und Aufklärung etwaiger Unstimmigkeiten alsbald, jedoch in der Regel bis zum 30. Juni des auf das Haushaltsjahr folgenden übernächsten Jahres die Jahresrechnung in öffentlicher Sitzung festzustellen und über die Entlastung zu beschließen.

Zu berücksichtigen ist dabei, dass hinsichtlich des Beschlusses über die Entlastung (Ziffer 2 des Beschlussvorschlags) der Landrat als Leiter der Landkreisverwaltung bei der Beratung und Abstimmung wegen persönlicher Beteiligung (Art. 43 LKrO) nicht teilnehmen darf.

Finanzielle Auswirkungen:		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:	
<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		<input type="checkbox"/> im Verw.HH: HhSt.	<input type="checkbox"/> im Verm.HH: HhSt.
		€	€
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/Herstellungskosten): €	Jährliche Folgekosten/Folgelasten: <input type="checkbox"/> keine €	Gesamtfinanzierung Eigenanteil: €	Gesamtfinanzierung Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.): €

Der Sachverhalt wird von **Herrn Seitz** dargestellt.

Beschluss:

1. Die Jahresrechnung 2007 wird gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO mit den als Anlage beigefügten Ergebnissen festgestellt.
2. Die Entlastung für die Jahresrechnung 2007 wird gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO mit den als Anlage beigefügten Ergebnissen erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	67
Nein-Stimmen:	0

Landrat Sailer beteiligte sich nicht an der Beratung und Abstimmung.

TOP 2 Wirtschaftsplan 2009 für den Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Augsburg Vorlage: 09/0013

Anlagen: Wirtschaftsplan für den Abfallwirtschaftsbetrieb
des Landkreises Augsburg 2009
- wird in der Sitzung am 16.02.2009 ausgehändigt -

Gemäß § 5 Abs. 2 der Betriebssatzung des Abfallwirtschaftsbetriebes vom 05.11.1997, zuletzt geändert am 19.07.2004, ist der Werkausschuss für die Beratung des Wirtschaftsplanes für den Eigenbetrieb Kommunale Abfallwirtschaft zuständig. Der Werkausschuss hat den Wirtschaftsplan für das Jahr 2009 in der Sitzung am 11.12.2008 behandelt und dem Kreistag die Feststellung des Wirtschaftsplanes 2009 gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 4 der Betriebssatzung empfohlen. Über den Stellenplan des Abfallwirtschaftsbetriebes für das Jahr 2009, der Bestandteil des Wirtschaftsplanes ist, hat der hierfür zuständige Ausschuss für Personal, EDV und Organisation im Rahmen der Stellenplanberatungen einen entsprechenden Empfehlungsbeschluss gefasst.

Der beiliegende Wirtschaftsplan enthält neben der Zusammenfassung und dem Vorbericht (Seiten I bis XXVI) den Erfolgsplan (Seiten 1 bis 8), den Vermögensplan (Seite 9), den Stellenplan (Seiten 10 und 11), den Finanzplan (Seiten 12 und 13) sowie die Erläuterungen (Seiten 14 bis 24).

Die einzelnen Ansätze orientieren sich in der Regel an der Prognose für das Jahr 2008 unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Vorjahres und der schon jetzt bekannten Veränderungen des Jahres 2009. Die einzelnen Ansätze sind in der Anlage erläutert.

Der Erfolgsplan 2009 schließt in den Erträgen mit 19.683.300 € und in den Aufwendungen mit 19.260.300 € und damit mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 423.000 €. Die Hochrechnung für das Jahr 2008 lässt zwar in Summe einen Jahresüberschuss von ebenfalls rund 0,4 Mio. € erwarten, dennoch unterscheiden sich die Wirtschaftsjahre 2008 und 2009 in einigen Positionen deutlich.

So ist im Jahr 2009 aufgrund des aktuellen Verfüllkonzeptes der Deponie Hegnenbach ein deutlicher Rückgang der Deponieeinnahmen zu erwarten. Hinzu kommt der massive Verfall der Verwertungspreise für Stahlaltschrott und Altpapier seit Herbst 2008 mit der Folge deut-

lich sinkender Erlöse im Jahr 2009. Bei den Aufwendungen für bezogene Leistungen werden in einer Vielzahl der Positionen mengen- und/oder preisbedingte Aufwandssteigerungen, aber auch Aufwandsminderungen erwartet. Diese Entwicklung ist auf die Neuvergabe nahezu aller abfallwirtschaftlicher Dienstleistungen ab dem 2. Halbjahr 2009 zurück zu führen. Die anlässlich der Stilllegung der AVA Re.Sort GmbH zu erwartende AZV-Umlage fällt bereits im Wirtschaftsjahr 2008 über eine hierfür im Jahresabschluss zu bildende Rückstellung ins Gewicht und basiert auf einer Prognose der AVA GmbH. Bei den verschiedenen Aufwendungen für die Verwaltung und den Betrieb der Deponie Hegnenbach sind im Planansatz für 2009 außertourliche Kosten in Höhe von geschätzt rund 220.000 € für die betriebliche Abdeckung des dann verfüllten BA II/2a mit einer Kunststoffdichtungsbahn berücksichtigt. Diese Maßnahme führt zu einer deutlichen Reduzierung des Sickerwasseranfalls, was sich bei den Kosten für die Sickerwasserreinigung mit einer Entlastung von voraussichtlich fast 0,15 Mio. € pro Jahr niederschlagen wird.

Weit niedriger als in den Jahren 2007 und 2008 fallen die Abschreibungen aus, und zwar um knapp 350.000 € gegenüber dem Vorjahr. Dies hängt fast ausschließlich mit dem massiven Rückgang der Verfüllmengen auf der Deponie Hegnenbach und damit der diesbezüglichen Leistungsabschreibung zusammen.

Bei den Zinserträgen macht sich die negative Entwicklung des Zinsniveaus seit Herbst 2008 (Finanzmarktkrise) bemerkbar. Die Zinserwartung für 2009 wird daher unter der Hochrechnung für das Vorjahr liegen.

Im Vermögensplan sind die geplanten Investitionen und die Bewirtschaftung der zweckgebunden angelegten Rücklagen dargestellt. Er schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 2.319.000 €

Die Investitionen für die Wertstoffinseln und für die Betriebs- und Geschäftsausstattung bewegen sich im Rahmen der vorjährigen Ansätze. Der Ansatz für die Verbesserung der Wertstoffsammelstellen wird auf 150.000 € angehoben, weil an mehreren Wertstoffsammelstellen in die Befestigung der Stell- und Verkehrsflächen dringend investiert werden muss. Aufgrund des relativ niedrigen Planergebnisses und der zweckgebunden den verschiedenen Rücklagen zuzuführenden Zinserträge wird in 2009 eine Entnahme aus der Gebührenaussgleichsrücklage in Höhe von rund 1,1 Mio. € erforderlich sein. Die Entnahmen für die Nachsorge der Deponien Gallenbach und Hegnenbach orientieren sich an den beiden Gutachten. Aus der frei bewirtschaftbaren Rücklage Klärschlammrocknung müssen Mittel entnommen werden, weil die tatsächliche Verzinsung des Anlagekapitals der AVA GmbH die nach dem Kommunalabgabengesetz zulässige kalkulatorische Verzinsung übersteigt. Weiter sollen für zwei Altlastensanierungen Kostenerstattungen an den Landkreis Augsburg aus dieser Rücklage entnommen werden.

Aus der Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben des Vermögensplanes verändern sich somit die liquiden Mittel des Abfallwirtschaftsbetriebes bis Ende 2009 um rund - 0,4 Mio. €

Der Finanzplan gibt einen Überblick über die voraussichtliche Entwicklung des Vermögensplans der Jahre 2008 bis 2012. Die Hochrechnung für das Jahr 2008 ist geprägt durch die hohen Abschreibungen, die im Wesentlichen noch durch die höheren Einbaumengen auf der Deponie Hegnenbach beeinflusst werden. Ab dem Jahr 2009 werden sich die Abschreibungen dann in einer Größenordnung von jeweils unter 0,2 Mio. € bewegen.

Um die Liquidität sicherstellen zu können, werden der Gebührenaussgleichsrücklage bereits ab dem Jahr 2008 aufgrund der zum 01.01.2008 gesenkten Müllgebühren jährlich Mittel zu entnehmen sein.

Die Ergebnisse des Wirtschaftsplanes für den Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Augsburg für das Jahr 2009 werden in die Haushaltssatzung des Landkreises Augsburg für das Haushaltsjahr 2009 übernommen.

Herr Prestele führt aus, der vorliegende Wirtschaftsplan 2009 des Abfallwirtschaftsbetriebes sei zwar Teil des Kreishaushaltes, stelle aber ein eigenständiges und in sich abgeschlossenes Zahlenwerk dar. Die kommunale Abfallwirtschaft wurde vor gut 11 Jahren nicht zuletzt deshalb in einen kommunalen Eigenbetrieb umgewandelt, um diesen wichtigen Bereich der Daseinsvorsorge mit der notwendigen Transparenz und Flexibilität auszustatten. Der Erfolgsplan schließe heuer in den Erträgen mit 19,68 Mio. € und in den Aufwendungen mit 19,26 Mio. €. Der Vermögensplan, der die geplanten Investitionen und die Bewirtschaftung der zweckgebunden angelegten Rücklagen darstellte schließe in Einnahmen und Ausgaben mit 2,32 Mio. €.

Beim Abfallwirtschaftsbetrieb seien umgerechnet auf Ganztagsstellen 9 Bedienstete tätig. Der Personalaufwand für die Verwaltung betrage 2,8 % der Ausgaben im Erfolgsplan und konnte in den letzten beiden Jahren durch Umschichtungen sogar um 12 % gesenkt werden.

Die über viele Jahre hinweg angesammelten Rücklagen verleihen dem Abfallwirtschaftsbetrieb die notwendige Stabilität, insbesondere für die in der Zukunft liegenden Aufgaben im Bereich der Nachsorge für die Deponien Gallenbach und wohl bald auch für Hegnenbach. Vorbehaltlich der noch zu fassenden Verwendungsbeschlüsse für die Jahresergebnisse 2007 und 2008 betragen die Rücklagen insgesamt rd. 36 Mio. €. Die bedeutendste Rücklage sei die Rücklage Hegnenbach mit knapp 16 Mio. €, gefolgt von der Gebührenausgleichsrücklage und der Klärschlamm-trocknungsrücklage mit jeweils 8 Mio. €, der Rücklage Gallenbach mit 3,6 Mio. € sowie dem Stammkapital von 0,5 Mio. € und der Rücklage für Pensionsrückstellungen und Beihilfen von 0,4 Mio. €.

Zur Deckung der laufenden Ausgaben wird laut Herrn Prestele eine Entnahme aus der Gebührenausgleichsrücklage in Höhe von rd. 1,1 Mio. € erforderlich sein. Dies sei weniger, als bei der letzten Gebührekalkulation prognostiziert. Schon heute könne somit davon ausgegangen werden, dass die Abfallgebühren über das Jahr 2010 hinaus stabil gehalten werden können. Vor diesem Hintergrund sei es dem Werkausschuss in seiner Sitzung am 11.12.2008 nicht schwer gefallen, dem Kreistag einstimmig die Feststellung des Wirtschaftsplanes 2009 zu empfehlen.

Kreisrat Schantin berichtet, der Werkausschuss habe sich in seiner Sitzung am 11.12.2008 sehr intensiv mit dem Wirtschaftsplan 2009 für den Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises auseinandergesetzt. So war zunächst vorgesehen, dass der Erfolgsplan 2009 aufgrund der Stilllegung der AVA Re.Sort GmbH mit einem negativen Ergebnis von 1.177.000 € abschließen sollte. Nachdem der finanzielle Anteil des Landkreises Augsburg aber noch im Jahr 2008 abgewickelt werden konnte, liege das vorgesehene Jahresergebnis des Erfolgsplanes für das Jahr 2009 erfreulicherweise bei einem Jahresgewinn von immerhin 423.000 €.

Die Ergebnisverschlechterung insgesamt sei im Wesentlichen auf drei Punkte zurückzuführen, nämlich zum ersten auf einen sehr massiven Verfall der Verwertungspreise für Schrott und Altpapier seit dem letzten Quartal 2008. Zweitens sei die Neuvergabe fast aller abfallwirtschaftlichen Dienstleistungen ab dem 2. Halbjahr 2009 erfolgt. Dies führe zu deutlichen Kostensteigerungen. Zum dritten werde mit dem aktuellen Verfüllkonzept für die Deponie Hegnenbach wohl ein entsprechender Rückgang der Deponiegebühren einhergehen.

Der Wirtschaftsplan 2009 des Abfallwirtschaftsbetriebes ist aus Sicht von Kreisrat Schantin mehr als zufrieden stellend. Die CSU-Kreistagsfraktion werde daher dem von der Werkleitung vorgelegten Wirtschaftsplan für das Jahr 2009 zustimmen und dem Kreistag die Feststellung des Wirtschaftsplanes samt Anlagen empfehlen.

Von **Stv. Landrat Häusler** wird ebenfalls die Zustimmung zum Wirtschaftsplan erteilt. Er richtet jedoch noch zwei Fragen an Herrn Prestele. Von Kreisrat Schantin wurde bereits ausgeführt, dass sich die Ergebnisse 2008 und 2009 nochmals deutlich verändert haben. In der Vorlage vom 11.12.2008 ging der Abfallwirtschaftsbetrieb in seiner Hochrechnung noch von + 2 Mio. € für das Jahr 2008 und von einem Ergebnis 2009 in Höhe von - 1,18 Mio. € aus. Im vorliegenden Wirtschaftsplan seien es nun jeweils rd. + 400.000 € für 2008 und 2009. Stv. Landrat Häusler interessiert sich dafür, wie es kurzfristig zu solchen Verschiebungen kommen konnte und wirft die Frage auf, ob diese nicht aufgrund der Erlössituation und des Verdrängungswettbewerbs absehbar gewesen seien.

Die zweite Frage betreffe primär die AVA GmbH. Stv. Landrat Häusler bezieht sich auf eine Pressemitteilung des ehemaligen Aufsichtsratsmitglieds Hansjörg Krazeisen, der darin kommuniziert, dass rückwirkend für 2007 rd. 6,6 Mio. € Verluste angefallen und außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 3,3 Mio. € notwendig wären. Den Schlussbemerkungen des Wirtschaftsplans könne hingegen entnommen werden, dass sich die Stilllegung der Sortieranlage der AVA GmbH zum 01.04.2009 auf die Versorgungsstrukturen des Landkreises kaum auswirken werde. Stv. Landrat Häusler geht davon aus, dass dies auch die monetäre Seite beinhaltet und bittet unter Hinweis auf die öffentliche Wahrnehmung darum, diesen Dissens aufzuklären.

Herr Prestele beantwortet die erste Frage von Stv. Landrat Häusler und verweist auf die Stilllegung der Sortieranlage der AVA Re.Sort GmbH. Diese Sortieranlage werde mit einer Sonderabschreibung in die Bücher eingehen. Erst nach Aufstellung des ersten Wirtschaftsplanentwurfes, mit dem der Abfallwirtschaftsbetrieb in die Werkausschusssitzung gegangen sei, wurde dies jedoch bekannt. Deshalb musste hierauf recht kurzfristig im Laufe der Werkausschusssitzung reagiert werden. Der Werkausschuss habe beschlossen, diese Aufwendungen als Rückstellung in die Jahresrechnung für das Jahr 2008 einzustellen und dafür im Jahr 2009 entsprechende Entlastungen vorzunehmen. Aufgrund dessen ergebe sich ein fast gleicher Abschluss für die Jahre 2008 und 2009. Die Entwicklung sei aber doch sehr unterschiedlich.

Anschließend nimmt **Herr Püschel** Stellung zu den Äußerungen des ehemaligen Aufsichtsratsmitglieds, Hansjörg Krazeisen. Über die Frage der Stilllegung der AVA Re.Sort GmbH wurde seit der im Prüfungsbericht des Bayer. Kommunalen Prüfungsverbandes erfolgten Thematisierung der Finanzierungsart über die Müllgebühren diskutiert. Tatsache sei, dass sich die Re.Sort GmbH einerseits im Bereich der Papiersortierung, also hoheitlich, und andererseits im Bereich der DSD-Sortierung bewegte, also nicht hoheitlich. Eine entsprechende Herausrechnung ergab, dass die Sortieranlage zumindest ein Stück weit auf Kosten des Gebührenzahlers betrieben wurde, und zwar in Bereichen, in denen dies für die Zukunft nicht hätte sein dürfen. Tatsache war aber auch, dass die Sortieranlage zu einem Zeitpunkt errichtet wurde, in dem die Sortierung insgesamt noch eine hoheitliche Aufgabe gewesen sei.

Im Ergebnis sei festzustellen, dass die Stilllegung und auch die Stilllegungskosten, soweit sie die Papiersortierung und allgemeine Investitionen betreffen, zulasten des Gebührenzahlers gehen dürfen. Die Frage sei, welche Konsequenzen dies für die Gebührenzahler habe. Von Herrn Prestele werde derzeit berechnet, in welcher Größenordnung - insgesamt komme ein Anteil in Höhe von 1,4 Mio. € auf den Landkreis Augsburg zu - die Gebührenzahler belastet werden müssen und in welcher Größenordnung eine Abwicklung über den DSD-Bereich erfolgen könne. Eine Auswirkung auf die Müllgebühren dergestalt, dass diese steigen müssten, werde dieses Vorgehen jedoch nicht haben, betont Herr Püschel. Selbstverständlich werde aber ein gewisser Anteil dieser Summe zulasten der Gebührenzahler gehen. Dieser Betrag müsse dann der Gebührenaussgleichsrücklage entnommen und der AVA GmbH zur Verfügung gestellt werden.

Herr Püschel fasst zusammen, dass damit der Pressebericht und die Aussage von Herrn Krazeisen, man hätte eigentlich weitermachen müssen, zwar verführerisch, aber im Endeffekt falsch sei. Aufgrund der vorhandenen rechtlichen Bedingungen hätte die AVA GmbH die Re.Sort GmbH so nicht weiter betreiben dürfen.

Von **Kreisrätin Jung** wird auf die in der Werkausschusssitzung im Dezember 2008 geführte Diskussion über die Deponie Hegnenbach eingegangen. Bei der Frage, ob die Deponie weiterhin verfüllt oder sofort geschlossen werden soll, gingen die Meinungen auseinander. Kreisrätin Jung macht deutlich, ihre Fraktion sei für die Schließung der Deponie Hegnenbach, um hiervon ausgehende Gefahren für den Landkreis Augsburg auszuschließen. Insgesamt werde die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Wirtschaftsplan 2009 des Abfallwirtschaftsbetriebes jedoch zustimmen.

Kreisrat Walter erklärt, dass auch seine Fraktion dem Wirtschaftsplan zustimmen werde. Allerdings sei der Hinweis erlaubt, dass das aktuelle Verfüllkonzept für die Deponie Hegnenbach die eine oder andere Unwägbarkeit beinhalte und insofern mit einem Fragezeichen zu versehen sei.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Werkausschusses vom 11.12.2008 und des Ausschusses für Personal, EDV und Organisation beschließt der Kreistag die Feststellung des als Anlage zu diesem Beschluss beigefügten Wirtschaftsplanes 2009.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	68
Nein-Stimmen:	0

TOP 3	Kreishaushalt 2009; Erlass der Haushaltssatzung Vorlage: 09/0012
--------------	---

Der Verwaltungsentwurf zum Kreishaushalt 2009 wurde nach Beratung in den Fachausschüssen am 26.01.2009 abschließend im Kreisausschuss behandelt. Die beschlossenen Veränderungen sind in den Sitzungsprotokollen festgehalten.

Die Landkreisverwaltung wurde dabei beauftragt, unter Berücksichtigung nachstehender Änderungen und Ergänzungen, dem Kreistag im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt einen abgeglichenen Haushaltsentwurf für das Jahr 2009 vorzulegen. Hierbei ist ein Kreisumlagehebesatz in Höhe von 46,0 % zu berücksichtigen.

Die Landkreisverwaltung unterbreitet hiernach folgenden Abgleichsvorschlag (gemäß KA-Beschluss vom 26.01.2009, Vorlage Nr. 09/0007):

fortgeschriebener ungedeckter Bedarf,
entspricht Einnahmeüberschuss Verwaltungshaushalt
(Verwaltungsvorlage, Stand: 20.01.2009) 1.336.600 €

1. Betriebsumlage an KZVA
KA lfd. Nr. 33
Zusätzlicher Umlagebedarf nach
vorliegendem Entwurf des KZVA - Wirtschaftsplanes 2009 - 277.700 €
Ansatz neu 1.944.600 €

nachrichtlich:
2. Investitionsumlage an KZVA
KA lfd. Nr. 34
Umlagebedarfreduzierung nach
vorliegendem Entwurf des KZVA - Wirtschaftsplanes 2009 4.322.100 €
Ansatz neu 2.557.900 €

notwendige Kreditaufnahme -4.322.100 €

3. zusätzlicher Schuldendienst aus 13,383 Mio. €
Reduzierung Zinsen wg. gesunkenem Kreditbedarf 52.500 €
(Veränderung Tilgung bei Zuführung vom Verwaltungs- an
den Vermögenshaushalt berücksichtigt)

verbleibender Überschuss 1.111.400 €

Abgleich:

- Kreisumlage 1.841.200 €
KA lfd. Nr. 99
Erhöhung um 1 Punkt
Ansatz neu 84.696.400 €
- Zuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt - 2.952.600 €
KA lfd. Nr. 100
Ansatz neu 5.840.600 €

verbleiben 0 €

Zum Abgleich des Kreishaushaltes 2009 ist daher zu berücksichtigen

eine Kreisumlage in Höhe von	84.696.498,58 €	(Hebesatz: 46,00 %)
eine Rücklagenentnahme in Höhe von	1.588.600,00 €	
davon allgemeine Rücklage	-	
Sonderrücklagen		
▪ Krankenhaus-		
zweckverband	191.000,00 €	
(KZVA)		
▪ Klinikum	1.359.300,00 €	
Stiftungsrücklage	38.300,00 €	
eine Kreditaufnahme in Höhe von	16.792.700,00 €	
davon für Investitionen und		
Investitionsförderungs-		
Maßnahmen	13.382.500,00 €	
Verpflichtungsermächtigungen für		
Investitionen und Investitionsförderungs-		
maßnahmen	25.747.000,00 €	
Hebesätze für den in gemeindefreien		
Gebieten liegenden Grundbesitz		
Grundsteuer A	300 v. H.	
Grundsteuer B	300 v. H.	
Gewerbsteuer	320 v. H.	
Höchstbetrag der Kassenkredite	3.000.000,00 €	

Landrat Sailer führt aus, der Kreistag beschließe heute den ersten Haushalt in der neuen Wahlperiode, und zwar in einer Zeit, die - wenn man den Zeitungen und den Berichterstattungen glauben dürfe - eine sehr bewegte Zeit sein werde. Als Schlagworte nennt Landrat Sailer die Wirtschafts- und die Finanzkrise. Umso erfreulicher sei es, dass in den letzten Wochen und Monaten in den ersten und zweiten Lesungen in den Fachausschüssen gemeinsam Akzente gesetzt wurden, um diesen Haushalt so zu gestalten, wie er sich heute darstelle.

Der Kreishaushalt 2009 umfasst laut Landrat Sailer ein Gesamtvolumen von 183 Mio. € nach 167 Mio. € im vergangenen Jahr. Davon entfallen auf den Verwaltungshaushalt 152,7 Mio. € und auf den Vermögenshaushalt 30,4 Mio. €. Dies sei eine Steigerung von 9,29 %. In den Beratungen wurden klare Akzente gesetzt, wie beispielsweise bei den Investitionsausgaben im Bereich der Bildung. So wurden in den Haushalt 6 Mio. € für die Generalsanierung des Gymnasiums Königsbrunn eingeplant, für die Erweiterung der Realschule Zusmarshausen 800.000 €, für die Sanierung der Turnhalle der Realschule Bobingen 750.000 € und für die Erweiterung der Realschule Bobingen etwa 1,5 Mio. €. Dies seien klare Investitionen in die Bildung, vor allem auch in die Zukunft der Kinder und Jugendlichen im Landkreis. Der Investitionshaushalt, der insgesamt ein Volumen von 23,6 Mio. € umfasse, sehe darüber hinaus im Bereich der Krankenhäuser eine Investitionsumlage für den Krankenhauszweckverband von 2,5 Mio. € und für die Wertachkliniken Bobingen und Schwabmünchen von 4,2 Mio. € vor. Konsequenterweise baue der Landkreis auch sein Rad- und Wanderwegenetz aus. Dafür seien im Tiefbau 1,7 Mio. € vorgesehen. Außerdem wurde einvernehmlich eine Beteiligung am Neubau einer Messehalle bei der Messe Augsburg in Höhe von 890.000 € auf den Weg gebracht. Dazu kämen Investitionen quer durch alle Einzelpläne von etwa 5 Mio. €.

Diese Investitionen seien nicht nur ein klares Bekenntnis zum Bildungslandkreis Augsburg und damit zu seinen Kindern und Jugendlichen. Vielmehr werde das Investitionspaket von knapp 23,6 Mio. € auch als Förderung der heimischen Wirtschaft und damit als Maßnahme gesehen, den heimischen Handwerks- und mittelständischen Betrieben die Möglichkeit zu geben, in wirtschaftlich schwieriger Zeit auch von der öffentlichen Hand entsprechende Aufträge zu erhalten.

Weitere wichtige Akzente im Haushalt 2009 seien die Ausgaben für den Bereich des AVV. Hierfür werden nach 4,4 Mio. € im Jahr 2008 nun 5,1 Mio. € vorgesehen. Die auch über die Parteigrenzen hinweg beschlossenen 400.000 € für zusätzliche Busverkehre und ein attraktives Angebot insbesondere für den ländlichen Raum seien ein klares Bekenntnis für diesen ländlichen Raum. Im Bereich der Jugendhilfe werde der Landkreis im Haushalt rd. 2,1 Mio. € zusätzlich veranschlagen müssen. Im Jugendhilfeausschuss wurde hierüber sehr ausführlich miteinander diskutiert. Der Landkreis müsse auf die entsprechenden gesetzlichen, aber insbesondere auch auf die gesellschaftlichen Veränderungen reagieren. Die Ausgaben steigen demzufolge auf etwa 12 Mio. €.

Der Tatsache, dass ein wirtschaftlich schwieriges Jahr auch auf den Arbeitsmarkt durchschlage, trage der Landkreis im Bereich des Sozialen Rechnung. Auch hier werden rd. 700.000 € für die Kosten der Unterkunft im Rahmen des AL II mehr veranschlagt als im letzten Jahr.

Im Landkreis kommen aber auch die Kultur und der Sport nicht zu kurz. Beispielhaft nennt Landrat Sailer das Spielwerk Theater in Diedorf oder das Museum in Oberschönenfeld, wofür zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Auch für den Breitensport werden in diesem Jahr wieder entsprechende Mittel ausgegeben. Investitionsförderungen mit einem Gesamtvolumen von etwa 400.000 € seien ein klares Bekenntnis des Landkreises und des Kreistages Augsburg zum Sport.

Anschließend erinnert Landrat Sailer an die Einbringung des Haushaltsentwurfes 2009 in den Kreistag im November 2008. Damals habe er auch auf den erforderlichen Kreditbedarf hingewiesen. Der Schuldenstand des Landkreises betrug Ende letzten Jahres 29 Mio. €. Falls die Maßnahmen im Jahr 2009 wie geplant umgesetzt werden können, wachse dieser Kreditbedarf auf gut 41 Mio. € an. Hierbei handle es sich um ein Kreditvolumen, das sich der Landkreis noch leisten könne. Die Absicht, die Generalsanierung der Beruflichen Schulen in Neusäß durchzuführen wie auch die aktuelle Diskussion um ein mögliches weiteres Gymnasium im Landkreis Augsburg machen deutlich, dass es bei diesen 41 Mio. € zumindest vorübergehend nicht bleiben werde. Die in diesem Jahr anstehenden Investitionen in die genannten Bereiche können nach Auffassung von Landrat Sailer sehr gut verantwortet werden, sie wurden den Menschen vor der Wahl auch so zugesagt.

Wenn sich am Kreditbedarf von etwa 16 Mio. € in diesem Jahr auf Vorschlag des Landkreises hin die Kommunen mit einem weiteren Punkt der Kreisumlage beteiligen, dann werde dies in einer Zeit, in der es dem Großteil der Kommunen vergleichsweise gut gehe, für ein ehrliches Angebot der Mitarbeit gehalten. Von allen Investitionsmaßnahmen, vor allem im Bereich der Bildung, profitieren schließlich auch die Kommunen.

Der Landkreis sei selbstverständlich bemüht, möglichst viele Fördermittel im Rahmen des Konjunkturpakets II zu erhalten. Im Bereich der Bildung wurden bereits Maßnahmen angemeldet, aber auch für den Bereich der energetischen Sanierung wurden Maßnahmen gemeldet. Es bleibe zu hoffen, dass der Landkreis auf entsprechende Fördermittel zurückgreifen könne. Natürlich werde bei all den Maßnahmen, die vielleicht kurzfristig realisiert werden können, immer auch ein Eigenanteil zu finanzieren sein.

Abschließend dankt Landrat Sailer der Verwaltung für die konstruktive und gute Zusammenarbeit bei den Beratungen zum Haushalt 2009 sowie den Kolleginnen und Kollegen des Kreistages für das konstruktive Miteinander in den ersten und zweiten Lesungen. Er würde sich freuen, wenn der Kreishaushalt 2009 auch hier im Kreistag ein möglichst breites Echo finden würde.

Auf die nochmalige Vorstellung der Eckpunkte durch den Kämmerer, Herrn Seitz, wird seitens des Kreistages verzichtet. Daraufhin erteilt Landrat Sailer dem Fraktionsvorsitzenden der CSU, **Kreisrat Liebert**, das Wort. Kreisrat Liebert erklärt, der Kreistag verabschiede heute einen Haushalt mit einem Gesamtvolumen von 183 Mio. €, davon etwa 153 Mio. € im konsumtiven und 30 Mio. € im investiven Bereich.

Der Kreishaushalt 2009 sei ein Haushalt der Solidität, er sei aber auch ein Haushalt der Solidarität und als Bildungshaushalt eindeutig in die Zukunft gerichtet. Er sei solide, weil er im Abgleich einen tragfähigen Kompromiss zwischen Neuverschuldung auf der einen Seite und moderater Anhebung des Kreisumlagenhebesatzes andererseits darstelle. Dies sei kein Haushalt des „entweder – oder“, sondern ein Haushalt des "sowohl - als auch". Der Haushalt sei auch deshalb solidarisch, weil dieser Kompromiss von den Kommunen in diesem Jahr getragen werden könne.

Letztlich sei dieser Haushalt in die Zukunft gerichtet, weil er als Investitionsschwerpunkt die Bildungslandschaft in den Mittelpunkt stelle. Nur wer in die Bildung der Kinder investiere, schaffe letztlich auch eine tragfähige Basis für deren Zukunft. Man dürfe deshalb nicht nur über Bildung reden oder lediglich die Lippen spitzen, sondern man müsse auch wirklich pfeifen. Deswegen verdiene die Schullandschaft im Landkreis Augsburg besondere Beachtung. "Zukunft braucht Bildung", so laute ein Titel in der neuesten Imagebroschüre des Landkreises Augsburg. Nicht nur Zukunft brauche Bildung, vielmehr habe Bildung Zukunft. Dies sei auch der Grund, warum die CSU-Kreistagsfraktion gefordert habe, die Bildungsinvestitionen in den Mittelpunkt des Haushaltes 2009 zu stellen. Allein für das Gymnasium in Königsbrunn mit einem Gesamtaufwand von 22 Mio. € wurde eine erste Tranche in Höhe von 6 Mio. € in diesen Haushaltsplan eingearbeitet. Das Schulgutachten besage aber auch, dass in den Realschulen in Bobingen und Zusmarshausen eklatante Raumengpässe vorhanden seien. In Kooperation mit dem Schulverband Zusmarshausen wolle man deshalb nicht nur eine Mittags-, sondern eine Ganztagesbetreuung anbieten. Der Aufwand hierfür betrage 2,4 Mio. € Euro, der Staatszuschuss werde bei 40 % liegen. Auch politisch wolle man damit den Schulstandort Zusmarshausen eindeutig stärken.

Für die Realschule Bobingen sollen 1,5 Mio. € zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Motto "1 Klasse - 1 Klassenraum" schaffe man dort zwar eine Konsolidierung, aber beileibe keine Kapazitätsausweitung. Zeitgleich wolle der Landkreis die Planung für die Beruflichen Schulen in Neusäß vorziehen und deshalb die gesamten Planungsmittel in Höhe von 300.000 € in den Haushalt 2009 einstellen.

Kreisrat Liebert betont, der Landkreis benötige in diesen Tagen aber auch Schubladenpläne. Der Bund habe das Konjunkturpaket II vorgelegt. Es bleibe zu hoffen, dass der Bundesrat diesem Vorhaben aufgrund seiner diffusen Mehrheitsverhältnisse keinen Strich durch die Rechnung mache. Dies wäre nicht nur für den Landkreis Augsburg jammerschade, sondern für die gesamte Republik. Neuerdings sei außerdem das Konjunkturprogramm des Staates aufgedröselst worden. Auf den Freistaat Bayern entfallen 1,96 Mrd. €, davon 70 % auf die Kommunen. Dies deshalb, weil über viele Jahre hinweg nachgewiesen werden konnte, dass die Investitionen im öffentlichen Bereich zu 70 % von den Kommunen und zu 30 % vom Staat bewerkstelligt werden. Auf Schwaben entfallen davon 204 Mio. €. Der Landkreis sei deshalb gut beraten, mit seinen so genannten additionalen Maßnahmen, die zum Stichtag 27.01.2009 noch nicht in einem bindend gewordenen Finanz- oder Haushaltsplan enthalten

seien, Gewehr bei Fuß zu stehen. Der Landkreis müsse investierend der Krise trotzen. Dieser Investitionshaushalt stemme sich mit Vehemenz gegen diese momentane Tendenz. Man könnte auch sagen, der Vermögenshaushalt sei das landkreiseigene Konjunkturprogramm. Nach einer Faustformel des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, die am 15. Januar in der Financial Times Deutschland veröffentlicht wurde, sichere je 1 Mio. € Bauinvestitionen rd. 25 Arbeitsplätze – Jobs in Baufirmen, aber auch bei Zulieferern und im Ausbaugewerbe. Kreisrat Liebert wirft die Frage auf, was dies auf den Haushalt bezogen bedeutet. Bei etwa 12,2 Mio. € Bauinvestitionen in diesem Jahr werden dadurch allein im Landkreis Augsburg 305 Arbeitsplätze für ein Jahr gesichert. Noch beeindruckender sei die Zahl des nächsten Jahres. Im Investitionsprogramm sei für 2010 vorgesehen, 17 Mio. € an Bauaufwendungen zu schultern. Der Landkreis sichere dadurch nicht weniger als 425 Arbeitsplätze im nächsten Jahr. Dabei wurden jedoch die großen Bauinvestitionen der Landkreisbeteiligungen, wie z. B. der WBL, außer Acht gelassen.

Kreisrat Liebert kommt zurück zur Schullandschaft. Das Schulgutachten besage, dass nicht weniger als 2.500 Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreis Augsburg täglich gymnasiale Einrichtungen in der Stadt Augsburg besuchen. Seit dem 4. Dezember des letzten Jahres wisse man es ganz genau. Der Freistaat Bayern befürwortete nämlich die Errichtung eines weiteren Gymnasiums und werde dies entsprechend bezuschussen. Dieses Gymnasium werde nicht etwa im Landkreis Aichach-Friedberg und auch nicht in der Stadt Augsburg liegen, sondern werde wegen der Entlastungsfunktion wohl an der Peripherie zwischen Stadt und Landkreis Augsburg errichtet. Der Landkreis wolle sich jetzt allerdings noch nicht binden, sondern zunächst die Simulation aller 6 Standorte abwarten. Wichtig sei, dass sich der Kreistag bei der Standortfrage ausschließlich von sachlichen Gesichtspunkten und Argumenten leiten lasse.

Als nächsten Punkt spricht Kreisrat Liebert die Krankenversorgung an. Der Landkreis Augsburg sei mit seinem Hochleistungsklinikum und den Wertachkliniken gut aufgestellt. Dies habe allerdings seinen Preis. Das Betriebskostendefizit des Klinikums im Jahr 2008 werde mit 17,3 Mio. € veranschlagt, der Anteil des Landkreises betrage 27,5 % oder ca. 4,8 Mio. €. Darüber hinaus bestehe ein über 60 Mio. € hoher Investitionsstau an überalterten medizinischen Geräten und sanierungsbedürftigen Gebäuden. Es liege auf der Hand, dass es so nicht mehr weitergehen könne. Ein "Weiter so" könne es nicht mehr geben! Es müsse eine schnelle Trendwende kommen, der Turn around müsse geschafft werden, und zwar in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft. Deswegen werden von allen mit Spannung die ersten Ergebnisse von Peritinos erwartet. Die ersten Signale weisen darauf hin, dass hier noch etliche Potenziale zu heben seien. Um nicht missverstanden zu werden, betont Kreisrat Liebert, dass die über 5.000 Beschäftigten des Klinikums eine hervorragende Arbeit leisten, die nicht hoch genug eingestuft werden könne.

Anschließend kommt er auf die Frage "Uniklinik - ja oder nein" zu sprechen und glaubt, dass man sich hiervon keine Wunder erwarten dürfe. Dies treffe vor allem auf die Vergangenheitsbewältigung zu. Es müsse darin allerdings auch eine historische Chance gesehen werden, dass der Freistaat Bayern nicht nur in München, Nürnberg oder anderen Universitätsstandorten Unikliniken vorhalte, sondern der Landkreis Augsburg fordere im Rahmen der Gleichbehandlung auch, das Klinikum Augsburg mit einzuschließen. Anläufe habe es in der Vergangenheit auch schon gegeben. Neu sei jedoch, dass die Vorstöße der letzten Zeit auf große Ernsthaftigkeit hindeuten. CSU-Abgeordnete aus der Region, angeführt von Max Strehle, hätten die Forderungen an den Staat eindeutig formuliert. Auch Ministerpräsident Seehofer weise die Richtung, wenn er eine ernsthafte Prüfung zusage, zuletzt beim IHK-Empfang. Am meisten Mut mache dabei sein Satz: "Geht nicht, gibt's nicht". Der Staat werde als verlässlicher Partner benötigt. Zudem brauche man eine neue Finanzstruktur für das Klinikum. Es werde dauerhaft „fresh money“ benötigt, und zwar nicht aus kommunalen Kassen, sondern aus Kassen des Freistaates Bayern.

Auf einem ganzen anderen Weg befinden sich die Wertachkliniken. Nach der Umwandlung in ein KU habe man den Weg der Spezialisierung beschritten. Disziplinen werden nicht mehr doppelt vorgehalten, die Konsolidierung laufe, die schwarze Null sei in Sicht.

Kreisrat Liebert kommt zurück auf die bereits angesprochenen finanziellen Rahmenbedingungen. Dabei falle auf, dass der Landkreis nicht weniger als 11,44 % Umlagekraftsteigerung zu verzeichnen hatte. Damit nehme der Landkreis den 5. Platz unter den zehn schwäbischen Landkreisen ein, was ihm 8,5 Mio. € zusätzliche Einnahmen in die Kasse spüle. Dies sei das Ergebnis einer pulsierenden Wirtschaft auf der Basis der Zahlen 2007. im Landkreis gebe es 18.000 Betriebe und Unternehmen mit 58.000 Arbeitsplätzen bei einer erstaunlich niedrigen Arbeitslosenquote von aktuell 3,6 %. Die Frage sei daher, ob sich der Landkreis überhaupt noch um Wirtschaftsförderung kümmern müsse. Dies ist aus Sicht von Kreisrat Liebert ganz klar der Fall, denn Stehen bleiben bedeute Rückschritt. Das in Auftrag gegebene Gutachten beweise, dass die Stärken des Landkreises Augsburg, des Landkreises Aichach-Friedberg und der Stadt Augsburg herausgehoben werden müssen. Hier habe der Landkreis seine Hausaufgaben noch nicht gemacht. Wirtschaftsförderung sei mehr als nur ein Messestand, Wirtschaftsförderung sei mehr als nur ein buntes Logo! Ein schlüssiges Gesamtkonzept sei nicht erkennbar. Wenn man nicht überholt werden wolle, müsse man einen Gang zulegen. Der Landkreis Augsburg verfüge über gute Standorte, gut aufgestellte Unternehmen und hoch motivierte Mitarbeiter. Dazu angetan sei auch die Idee des Kollegen Max Strehle, der den Botschaftergedanken nochmals auf die Tagesordnung gebracht habe. Das Beispiel aus Cham stimme dabei sehr zuversichtlich.

Anschließend wirft Kreisrat Liebert die Frage nach der Zukunft des Messestandortes Augsburg auf. Er habe einmal etwas flapsig formuliert, dass man etwas tun müsse, wenn nicht der Messestandort Augsburg in die internationale Bedeutungslosigkeit zurückfallen solle. Der Landkreis habe inzwischen etwas getan, indem er sich im Rahmen seiner Beteiligungsquote von etwas über 20 % mit nahezu 900.000 € am Bau der neuen Messehalle beteilige. Das den Fraktionen zugegangene Gutachten von Roland Berger sage aber auch, dass die Investitionen in die Messehalle das eine und der Betrieb durch einen noch zu findenden Messeprofi das andere sei. Auch hier sei somit noch eine Flanke offen. Kreisrat Liebert betont auch nochmals, die Förderung des Landkreises basiere auf der Annahme einer 50 %-igen Förderung durch den Freistaat Bayern. Auch dies sei bis zum heutigen Tag noch nicht in trockenen Tüchern.

Bewusst möchte Kreisrat Liebert noch einen Bereich ansprechen, der den Landkreis zwar nur mittelbar, die Gemeinden aber sehr direkt betreffe. Hier seien sicherlich noch mehr Mittel notwendig, Mittel von Bund und Land, vielleicht auch aus Europa. Der Landkreis werde dabei in einer gewissen Vermittlerposition zwischen Gemeinden, Anbietern und auch Unternehmen gesehen.

Der Aufwand für den ÖPNV betrage über 4 Mio. €. Der Landkreis habe nochmals 400.000 € draufgelegt, um die Vorschläge der Gemeinden und Verbände realisieren zu können, um z. B. im stadtnahen Bereich Nachtbusse einsetzen und auf dem flachen Land Anrufsammeltaxis ermöglichen zu können. In diesem Zusammenhang mahnt Kreisrat Liebert ein Manko bezüglich der Buszubringerlinien zu den zentralen Bahnhöfen an. Hier sei die Geschichte nicht ausgewogen, es müsse noch nachgesteuert werden. Mit der Schlagzeile "Ein langer Kampf nimmt nun ein glückliches Ende" habe die Augsburgische Allgemeine im Dezember letzten Jahres die Einführung des RegioSchieneTaktes beschrieben. So sollte der Landkreis ein verbessertes Zugangebot im Westen und im Norden bekommen. Was sich in der Theorie sehr flott lese, bedeute in der Praxis, dass die Züge alt, unsauber, überfüllt, unpünktlich und noch teurer geworden seien. Der Unmut der Fahrgäste sei gut zu verstehen. Hier müsse Abhilfe geschaffen werden. Bei den beiden Bahnkonferenzen Ende Januar und Anfang Februar sei dies zugesagt worden. Die ersten Anzeichen in diesen Tagen deuten ebenfalls darauf hin. Ob die Staudenbahn zu reaktivieren sei, werde eine in Auftrag gegebene Untersu-

chung zeigen. Dabei müsse aber klar sein, dass der Landkreis allenfalls bei Startinvestitionen Pate sein könne, keinesfalls Mitfinanzier eines Betriebskostendefizits, das über die bisherige Höhe der AVV-Kosten für diese Region hinausgehe.

An dieser Stelle sollte auch einmal hinterfragt werden, in welche Zeit die heutige Haushaltsverabschiedung falle. Sie falle in eine Zeit, in der sich die negativen Nachrichten geradezu überschlagen. Die Frage sei, ob man sich vom Wort des Jahres 2008, der Wirtschaftskrise, verrückt machen lassen sollte. Nach dem, was in letzter Zeit vor allem von Professoren und übrigen Gutachtern gesagt wurde, könnte man schon einmal Pessimist sein oder zumindest werden, wenn man lang genug zuhöre. Es sei deshalb wichtig, für die Zukunft den Optimismus nicht zu verspielen. Eine Krise beinhalte natürlich auch Chancen. Das Wort "Krise" werde von den Chinesen mit 2 Pinselstrichen geschrieben. Der eine Pinselstrich stehe für die Gefahr, der andere für Gelegenheit. Damit werde ausgedrückt, dass man sich in einer Krise vor der Gefahr hüten, aber die Gelegenheit erkennen solle. Genau so verfare der Landkreis Augsburg im Haushalt 2009. Die größte Gefahr bestünde darin, nichts zu tun und wie das Kaninchen auf die Schlange zu starren. Die zweite Gefahr wäre, alles in Form von Schulden auf die Zukunft zu verlagern. Die Gelegenheit - um bei der chinesischen Deutung zu bleiben - werde in der einmaligen Chance gesehen, aufgrund der stark angewachsenen Umlagekraft sowie dem satten Nachschlag im Bereich der Schlüsselzuweisungen Investitionen im Bildungsbereich vorzuziehen.

Der Haushaltsausgleich erschien zunächst sehr schwierig zu werden. So lag die Haushaltslücke ursprünglich bei 2,3 Mio. €, bei einer gleichzeitig nahezu astronomisch hohen Verschuldung von über 21 Mio. €. Schließlich wendete sich das Blatt zum Positiven. In diesen Tagen erreichte den Landkreis auch die Nachricht, dass der Bezirkstag von Schwaben den Hebesatz um 0,3 Prozentpunkte gesenkt habe. Dies spiele dem Landkreis 552.000 € in die Kasse. Dieses Geld werde jedoch nicht in einer Rücklage geparkt, sondern verringere letztendlich den Kreditbedarf. In diesem Zusammenhang dankt Kreisrat Liebert dem Bezirkstagspräsidenten, Jürgen Reichert, sowie den beiden Bezirksräten, Karl-Heinz Wagner und Manfred Buhl, die aus den Reihen der Kreistagskollegen hieran mitgewirkt hätten. Er nimmt die Gelegenheit wahr, in seiner Eigenschaft als Kämmerer des Bezirks Schwaben darauf zu verweisen, dass die Bezirksumlage für den Landkreis Augsburg zwar einen hohen Aufwand darstelle, dies aber keine Einbahnstraße sei. Es fließen nämlich mehr Sozialleistungen an die Bürger im Landkreis zurück, als der Landkreis andererseits Bezirksumlage zahle. So zahlte der Landkreis im Haushaltsjahr 2007 32,9 Mio. € an Bezirksumlage und der Bezirk für die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises 38,9 Mio. €, also exakt 6 Mio. € mehr, zurück.

Die spannendste Frage sei natürlich, wie der Landkreis seine Kreisumlage gestalte. Das Recht sehe vor, dass die Kreisumlage nur subsidiär, also nachrangig sozusagen als Ultima Ratio, einzusetzen sei. Mit dem vorgeschlagenen 1 %-Punkt gelinge ein Kompromiss zwischen Neuverschuldung und Anhebung. Man dürfe nicht alles auf die Zukunft verlagern, da die Einnahmen des Landkreises in den Jahren 2011 und 2012 auf steile Talfahrt gehen werden. Selbst mit einem Hebesatz von 46 % werde der Landkreis Augsburg im schwabenweiten Vergleich eine Spitzenstellung mit seiner niedrigen Kreisumlage einnehmen. Dieser eine Punkt werde kein gewöhnlicher Hebesatzpunkt sein, sondern ein reiner Bildungspunkt - bei der Bildung wolle der Landkreis schließlich punkten.

Zum Abschluss seiner Rede bedankt sich Kreisrat Liebert im Namen der CSU-Fraktion bei allen, die Hand an diesem Haushalt angelegt haben, ganz besonders bei Landrat Sailer für den stets offenen Dialog in jeder Phase der Haushaltsplanberatungen. Sein besonderer Dank gelte ferner dem Kreiskämmerer, Herrn Seitz, der stets für Fragen zur Verfügung stand, sowie der übrigen Landkreisverwaltung und den Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion, aber auch den Kolleginnen und Kollegen der übrigen Fraktionen für das konstruktive

ve Ringen um eine gerechte und zukunftsfähige Lösung. Die CSU-Fraktion stimme dem Haushalt selbstverständlich zu.

Für die SPD Fraktion spricht **Kreisrat Güller**. Dieser richtet zunächst den Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowohl des Hauses als auch der Tochterunternehmen. Ohne deren Arbeit und Vorleistung wäre eine so gute Abwicklung des Haushaltes nicht möglich wäre. Herrn Seitz mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dankt Kreisrat Güller für die Haushaltsaufstellung. Es sei für Kreisräte nicht immer ganz einfach zu bewerten, wann es sich um einen realistischen Ansatz handle. Bis auf das Thema Kreditaufnahme habe man von der Verwaltung jedoch sehr realistische Ansätze vorgelegt bekommen. Auf der anderen Seite seien die Kreisräte dann aber auch fair mit diesen Zahlen umgegangen und hätten sie nicht bis zur Unkenntlichkeit zusammengestrichen.

Die generelle Situation sei in diesem Jahr sicherlich wirtschaftlich angespannt. Ob man immer gleich von der Krise des Jahrhunderts reden müsse, oder zumindest von der größten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg, sei dahingestellt. Alle wüssten, dass die wirtschaftliche Lage momentan nicht einfach sei. Umso wichtiger sei es, dass der Landkreis seine Möglichkeiten im Haushalt nutze. Zum Nutzen dieser Möglichkeiten gehöre auch, realistisch zu betrachten, wie viel Geld in diesem Jahr noch zur Verfügung stehe. Die konjunkturelle Lage mache sich beim Landkreis immer erst um zwei Jahre zeitversetzt bemerkbar. Dies bedeute, dass der Landkreis eigentlich antizyklisch in diesem Jahr noch eine einigermaßen gute Finanzlage habe. Keiner der Bediensteten müsse sich somit in diesem Jahr Sorge machen, dass aus Geldknappheit auch noch der Arbeitsplatz gefährdet sei könnte. Dies gelte auch für die Tochterunternehmen. Es bedeute nicht, dass man mit Personalkosten um sich schmeißen dürfe, allerdings mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit fair umgehen könne. Dies sei für die Sozialdemokraten ein wichtiger Punkt in einem Haushalt.

Für den Jugendhilfebereich stelle der Landkreis 2,1 Mio. € mehr als 2008 zur Verfügung. Damit sollen keiner freizügigen Verwendung von Sozialhilfemitteln die Türen geöffnet werden. Diejenigen im Landkreis jedoch, die Hilfe vom Staat benötigen und Hilfe vom Landkreis erwarten können, wenn dieser gesetzlich dafür zuständig sei, werden diese Hilfe auch im Jahr 2009 bekommen. Wichtig sei, dass die Ansätze im Sozialbereich immer zwei Kriterien dienen. Auf der einen Seite stehe die notwendige Hilfe, auf der anderen Seite aber auch die Anregung dazu, aus der Hilfesituation herauszukommen und wieder Arbeit zu finden. Durch Beihilfen im Kinderbetreuungsbereich könne es Familien und insbesondere Frauen ermöglicht werden, Arbeit zu finden und damit die Familie ohne staatliche Hilfen zu ernähren. Dies könne nach Überzeugung der SPD-Fraktion im Haushalt 2009 gewährleistet werden.

Der Freistaat Bayern habe in diesem Jahr einige Millionen mehr an Schlüsselzuweisungen und damit auch mehr in den Landkreis Augsburg gegeben. Aus Sicht von Kreisrat Güller hat es sich ausgezahlt, dass bestimmte Punkte in der letzten Wahlperiode des Kreistages sehr intensiv und am Ende der Wahlperiode auch über Fraktionsgrenzen hinweg angemahnt wurden, sei es das Thema Schülerbeförderung oder seien es andere Zuschüsse, die der Landkreis früher vom Freistaat nicht erhalten habe. All dies - auch die erfolgreiche Klage zusammen mit den Bezirken - habe wohl dazu geführt, dass der Freistaat Bayern nun mehr Geld in den kommunalen Bereich gebe. Der Freistaat habe damit ein Stück weit aufgeholt, was im letzten Jahrzehnt versäumt wurde. Sehe man sich die Kommunalanteile in anderen Bundesländern an, dann müsse insbesondere in Flächenländern festgestellt werden, dass es noch einiges zu tun gebe. Positiv sei hingegen, dass dies dem Landkreis in diesem Jahr etwas mehr Luft verschaffe.

Anschließend spricht Kreisrat Güller das Klinikum an. Die finanzielle Situation sei mehr als angespannt. Ursächlich hierfür seien zum einen die Investitionskosten bzw. der Stau an Investitionskosten. In diesem Bereich werde man auf keinen grünen Zweig kommen, solange

der Freistaat nicht endlich die Hilfen gebe, die er auch anderen Spitzenkrankenhäusern wie in Nürnberg und München mit dem Status Universitätsklinik zukommen lasse. Daran führe kein Weg vorbei. Es seien völlig unfaire Startbedingungen gewesen, die durch noch so gute Arbeit am Klinikum und in der Pflege nicht wieder aufgeholt werden können. Darum sei es wichtig und richtig, dass gemeinsam versucht werde, mehr Gelder zu bekommen. Kreisrat Güller erklärt, er vernehme sehr wohl die Aussage des neuen Ministerpräsidenten, der prüfen lassen wolle, ob das Klinikum Augsburg Universitätsklinik werden soll. Diese Prüfung müsse aber in einem absehbaren Zeitraum, und zwar Mitte 2009, zu einem Ende kommen. Der Stier müsse bei den Hörnern gepackt und dies gemäß dem von Ministerpräsident Seehofer bei der IHK genannten Zitat "Geht nicht - gibt's nicht" auch umgesetzt werden.

Dazu brauche man aber auch die entsprechenden Anträge im Bayerischen Landtag. Kollegin Dr. Strohmayr und er selbst arbeiten derzeit zusammen mit Paul Wengert und Linus Förster an einem solchen Antrag, so Kreisrat Güller weiter. Die SPD warte aber natürlich gerne darauf, ob der Verstaatlichungsantrag der CSU-Fraktion Erfolg habe und werde diesen dann mit unterstützen. Allerdings bestehe schon etwas Skepsis, wenn ein solcher, schon vor Wochen angekündigter Antrag noch über keine Drucksachenummer verfüge und noch nicht eingereicht sei. Die Frage sei, ob es nicht sinnvoller wäre, schnell und kurzfristig eher den Weg einer Sonderinvestitionsförderung für die drei Großkrankenhäuser in Bayern mit Universitätsstatus bzw. mit dem entsprechenden Leistungsstatus zu gehen, als das Thema Universitätsklinik längerfristig weiterzuverfolgen und erst in mehreren Jahren zum Erfolg zu kommen. Kreisrat Güller hofft hier auf eine fraktionsübergreifende Einigung.

Der zweite große Punkt sei eine Verbesserung in der Betriebsführung wie auch in der Kostentransparenz. Dies habe etwas mit den Abläufen im Klinikum zu tun. Kreisrat Güller betont, er habe das deutliche Gefühl, dass man besser werden könne. Immer wieder werde darüber diskutiert, dass das Klinikum zu jeder Tages- und Nachtzeit Schwerverletzte aus dem gesamten südbayerischen Raum aufnehme, wenn sich andere Universitätskliniken längst ins Wochenende abgemeldet hätten. Auf den Hinweis, die hierfür anfallenden Mehrkosten dem Freistaat Bayern in Rechnung zu stellen, habe er, Kreisrat Güller, die Antwort erhalten, dass diese Zahlen nicht vorliegen. Deshalb müsse man im Klinikum auch im Rechnungswesen und in der Argumentation noch besser werden.

Weiter kommen werde man nach Vorlage des Peritinos-Gutachtens hoffentlich bei den Fragen der Auslastung der einzelnen Bereiche des Klinikums, bei den Belegzahlen sowie bei der Frage, ob in allen chirurgischen Bereichen auch der Andrang vorhanden sei, den man eigentlich haben könnte. Wichtig sei, dass man das Peritinos-Gutachten unter der Prämisse sehe, auf die man sich eigentlich geeinigt habe. Erstens solle das Haus weiterhin in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft bleiben. Zweitens solle dies nicht zulasten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren Bezahlung und deren Arbeitsbedingungen gehen. Es sollen Abläufe optimiert und Kosten eingespart, allerdings kein Personal abgebaut werden. Wenn dies weit hin Konsens sei, dann habe Landrat Sailer die SPD-Fraktion bei der Sanierung des Klinikums auf seiner Seite.

Die Wertachkliniken werden derzeit nicht besonders erwähnt, da diese relativ gut laufen. Diese seien von der Größe und der Leistungsstruktur her überhaupt nicht mit dem Klinikum vergleichbar. Allerdings zeigen die Wertachkliniken ein Stück weit, dass sehr viel erreicht werden könne, wenn Kommunen ordentlich zusammenarbeiten und sich einem Ziel verpflichtet fühlen. Dieses Ziel laute, die Versorgung der Menschen in der Region sicherzustellen und gleichzeitig faire Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter zur Verfügung zu stellen. Kreisrat Güller merkt an, er sei schon ein wenig stolz darauf, was die kommunale Familie insgesamt in den letzten Jahren bei der Sanierung der beiden Kliniken und bei der Zusammenlegung zu den jetzigen Wertachkliniken erreicht habe.

Zum Bildungsbereich sei festzustellen, dass der Landkreis heuer Investitionen tätige, die seit Jahren notwendig seien. Schneller als gedacht ziehe der Landkreis endlich die Konsequen-

zen aus dem Schülerstromgutachten, das von der SPD-Fraktion beantragt wurde, jedoch leider einige Jahre zu spät gekommen sei. Der Landkreis könnte an dieser Stelle eigentlich schon weiter sein. Das Gutachten habe nun eine sehr erfreuliche Diskussion weiter in Gang gebracht, und zwar die Frage, wie viel Ganztagesbetreuung bzw. Ganztagschule im Landkreis angeboten werden müsse. In diesem Punkt sei man noch vor wenigen Jahren auf massive Abwehr und Kritik von Seiten der CSU gestoßen. Der Landkreis beziehe dies jetzt bei der Erweiterung der beiden Realschulen Bobingen und Zusmarshausen ganz selbstverständlich mit ein und setze dort einen richtigen und wichtigen bildungspolitischen Punkt. Es sei schade, dass dies nicht ein bisschen schneller gegangen sei.

Gleiches gelte für das Thema Gymnasium. Einmütig - auch hinsichtlich der Kosten - wurde jetzt beschlossen, eine Standortsimulation für alle in Frage kommenden Standorte zu machen. Kreisrat Güller erklärt, er werde sich heute nicht auf einen Standort festlegen. Es sei jedoch klar, dass dies ein Standort im Landkreis Augsburg sein werde. Der Kreistag werde hierüber zu diskutieren haben. Viele Kreisrätinnen und Kreisräte hätten natürlich ihre eigene, lokale Sicht. Dies sei auch völlig in Ordnung. Schließlich sei jeder der Anwesenden nicht nur für den ganzen Landkreis gewählt, sondern natürlich auch als regionale Vertretung an seinem Ort. Kreisrat Güller hofft deswegen auf ein offenes und faires Gutachten, das über politische Zweifel im Hinblick auf eine Standortverschiebung erhaben sei, so dass sich der Kreistag dann in einer kurzen, aber intensiven Diskussion auf einen Standort einigen könne.

Das Thema Bildung werde im Moment etwas auf das Thema Schule reduziert. Bildung sei mehr als Schule. Bildung beginne im Kindertagesstätten-/Kindergartenbereich, wofür hauptsächlich die Kommunen zuständig seien. Bildung gehe aber weiter im Bereich der kulturellen Bildung, im Bereich der beruflichen Bildung und Weiterbildung und spiele weit in die Landschaft der Volkshochschule hinein. Die Volkshochschule wird nach Auffassung von Kreisrat Güller in den nächsten Jahren in diesem Bereich - manche nennen dies „lebenslanges Lernen“ - eine immer zentralere Rolle spielen. Insofern sei es gut, dass die Volkshochschule Augsburg Land momentan breit aufgestellt sei und ihre Kurse auch im ländlichen Raum halten könne. Man werde aber auch sehen müssen, wie man die Volkshochschule in den nächsten Jahren auf steigende Anforderungen gerade in der beruflichen Weiterbildung vorbereiten und mit dem Angebot von berufsbegleitenden Kursen noch stärker aufstellen könne. Hier sei es oft nicht mit Kursräumen getan, sondern es müsse Kooperationen mit Firmen oder mit technischen Einrichtungen geben. Diese Aufgabe erachtet Kreisrat Güller für den Landkreis ebenfalls als sehr wichtig.

Der Nahverkehr sei auf einem Gebiet zur Erfolgsgeschichte geworden. Auf Antrag der SPD-Fraktion wurden im letzten Haushaltsjahr 250.000 € für die Erprobung zusätzlicher Maßnahmen im Nahverkehr bereitgestellt, z. B. für Ringbusverbindungen, Verstärkerlinien oder Anrufsammeltaxis. In - auch finanzieller - Kooperation mit den Gemeinden sollen, zunächst auf drei Jahre angelegt, neue Systeme erprobt werden mit der Chance, auch wirtschaftlich erfolgreich zu sein, so dass diese später im Gesamtkonzept des AVV untergebracht werden könnten. Der Landkreis leiste hier Hervorragendes für den ländlichen Raum und Gutes in der Zusammenarbeit mit den Kommunen. Dies zeige auch die Tatsache, wie das Programm angenommen wurde. Umso erfreulicher sei es, dass es im Rahmen der Haushaltsberatungen gelungen sei, den Ansatz von 250.000 € auf 400.000 € zu erhöhen. Dazu kommen noch die Mittel der Kommunen, so dass in diesem Jahr insgesamt rd. 620.000 € für diesen Bereich bereitstehen.

Nicht ganz zufrieden, allerdings ohne Haushaltsauswirkungen, könne man mit der Entwicklung des S-Bahn-ähnlichen Verkehrs sein. Die Fahrpläne seien gut, das von der Deutschen Bahn zur Verfügung gestellte Zugmaterial sei hingegen unter aller Kanone. Von den Bahnvertretern wurde neulich bei einer Besprechung im Landratsamt stolz verkündet, dass die Bahn mit 90 % im Fahrplan liege und nur 10 % der Züge mehr als 5 Minuten Verspätung hätten. Daraufhin sei im Raum schallendes Gelächter ausgebrochen, weil alle Anwesenden,

die an diesem Morgen mit dem Nahverkehr gefahren seien, zufällig in den genannten 10 % der Züge saßen. Die Bahn zerschieße im Moment die Akzeptanz für den S-Bahn-ähnlichen Verkehr durch ihre Unpünktlichkeiten und ihre organisatorische Unfähigkeit. Deswegen müsse hier von Seiten der Kommunalpolitik mehr getan werden. Auch in Sachen Staudenbahn müsse mehr geschehen. Die Kosten für das Gutachten sowie die Planungsmittel stehen mittlerweile im Haushalt zur Verfügung. Sicherlich werden zusätzliche Linien auch zusätzliches Geld kosten. Natürlich könne dies kein Dauerzuschussbetrieb sein, jedoch müsse die Staudengegend die gleiche faire Chance einer guten Anbindung haben wie andere Gebiete in diesem Landkreis. Die Staudenbahn sollte die Möglichkeit haben, sich zu etablieren und einen guten Verkehr aufzubauen. Nach ein bis zwei Jahren sollte die Situation dann geprüft werden. Kreisrat Güller ist überzeugt, dass dieses System gut angenommen werde, falls die Züge pünktlich verkehren und die Anschlüsse auch in Augsburg gut organisiert seien.

Die Abfallverwertungsanlage Augsburg laufe von der Entsorgungssicherheit her zur Zufriedenheit der SPD-Fraktion. Nach wie vor nicht zufrieden sei die SPD-Fraktion jedoch mit der Führung der Abfallverwertungsanlage. Es könne kein Dauerzustand sein, dass es in regelmäßigen Abständen zu Konfrontationen zwischen Betriebsleitung und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern komme. In einem solchen Betriebsklima könne sich ein kommunales Unternehmen auf Dauer nicht gut entwickeln. Eine Betriebsleitung, die auf ständigem Kriegsfuß mit ihren Mitarbeitern und mit der Vertretung der Arbeitnehmerschaft stehe, könne sich der Landkreis in seiner Beteiligung nicht leisten. Dies müsse im nächsten Jahr angegangen werden.

Aus Sicht von Kreisrat Güller ist und bleibt die Wirtschaftsförderung ein Sorgenkind. Es sei schon fast müßig, wie oft hierüber schon diskutiert wurde. Momentan sei es zugegebenermaßen auch nicht einfach, mit dem Partner Stadt Augsburg zu sprechen. Die Stadt Augsburg wisse nicht, wie die Wirtschaftsförderung aufzustellen sei, diese wisse offensichtlich nur, was sie nicht wolle, und zwar die Augsburg AG. Es sei nicht ausreichend, die Augsburg AG zu entmachten und dann keine Konzepte zu haben. Der Landkreis Augsburg stelle in seinen Haushalt die erforderlichen Gelder ein und sei handlungsfähig. In diesem Jahr müsse man endlich weiterkommen.

Was dem Landkreis teilweise von Wirtschaftsberatern vorgeschlagen wurde, sprach leider nicht von großer Sachkenntnis der Region. Ein gemeinsamer Messestand und farbige Broschüren gehören zwar auch zur Wirtschaftsförderung, wie dies von einem Büro vorgeschlagen wurde. Dies sei aber nur die Kürleistung. Zunächst müsse die Zusammenarbeit mit den Kommunen und der Stadt Augsburg organisiert werden. Außerdem müsse man sich im Feld der Europäischen Metropolregionen mit München zusammen entsprechend positionieren. Es müssten die Stärken der Region, z. B. im touristischen Bereich, herausgearbeitet werden. Gleiches gelte für die Infrastruktur, damit sich kleine Betriebe ansiedeln können, die wiederum größeren Betrieben zuliefern. Diesen Betrieben müsse vermittelt werden, dass sie in der Region die Chance haben, sehr gut qualifizierte und zufriedene Mitarbeiter zu bekommen, die nicht zuletzt aufgrund der guten Infrastruktur standorttreu seien.

Daraufhin macht Kreisrat Güller einen Exkurs zum Thema Konjunkturpaket II. Es sei zwar schön, dass der Landkreis seine Ganztageseinrichtungen schwerpunktmäßig mit energetischer Sanierung angemeldet habe. Dies sei aber kein richtiges Investitionsprogramm. Hierbei sollte es sich um zusätzliche Maßnahmen handeln, also Maßnahmen, die man noch nicht geplant habe und die zur weiteren Verbesserung der Bildungslandschaft beitragen. Dies könne man nur dadurch hinbekommen, dass jetzt Investitionen vorgezogen werden. Für die betreffenden Standorte sei dies gut. So richtig zusätzliche Mittel seien dies aber nicht. Es dürfte wohl gesichert sein, dass das Konjunkturpaket in dieser Woche vom Bundesrat angenommen werde. Jetzt gehe es darum, wie klebrig die Finger des Freistaates Bayern sein werden. Das Investitionspaket umfasse ca. 1.900 Mio. € für Bayern. Im Bund heiße es lediglich, dass mindestens 75 % des Anteils bei den Kommunen ankommen müssen. Dies bedeu-

te nicht, dass es verboten sei, den Kommunen auch mehr zu geben. Aufgrund verschiedener Finanzierungstricks des Freistaates Bayern werden allein von den 1,4 Mrd. € des Bundes aber nur 1.170 Mio. € bei den Kommunen und Landkreisen ankommen. Dies seien schlappe 62 % bei einem Umfang von rd. 1,9 Mrd. €. Jeder einzelne Euro, den der Freistaat Bayern abzwinge, fehle für kommunale Investitionen. Darum sei es sicherlich richtig, das anzumelden, was der Freistaat einem vorgebe. Man müsse sich aber nicht schon im vorauseilenden Gehorsam damit abfinden. Im Landkreis sollte man sich deshalb in den nächsten Wochen, sobald die Programme verfeinert werden, darüber unterhalten, ob es nicht noch andere Einzelprogramme gebe. Für die SPD-Fraktion gehöre zum Bildungsbereich z. B. auch das Thema Kindergärten für die Kommunen sowie das Thema Sport und damit auch die Finanzierung von Schulsportanlagen oder Vereinssportanlagen, wenn diese für den Schulsport mitgenutzt werden. Sollte es an der Finanzierung hapern, dann müsse man sehen, ob der Landkreis nicht noch den einen oder anderen Euro aus dem Haushaltsplan herausbekomme oder es müsse ggf. ein Nachtragshaushalt auf den Weg gebracht werden.

Das beste System für die Kommunen und die Landkreise wäre es, wenn das Geld nach einem gewissen Einwohnerschlüssel und nach einem Schlüssel, der sich an der Anzahl der Kinder in einer Region bemisst, verteilt würde. In diesem Fall stünden jeder Kommune pro Einwohner 106 € zur Verfügung. Daran könnten unbürokratisch Maßnahmen angeknüpft, angemeldet und abfinanziert werden. Dies wäre in den Jahren 2009/2010 viel schneller gegangen und demzufolge eine bessere Umsetzung gewesen, als die nun vom Freistaat vorgesehene Vorgehensweise. Für den Landkreis hätte dies eine Finanzierungsmöglichkeit in einer Höhe von ca. 5 Mio. € bedeutet.

Nach wie vor gebe es keine gesicherte Angabe zum Stichtag, nach dem das Thema der Zusätzlichkeit von Investitionen geregelt werden könne. Der Vertreter des Finanzministeriums wurde in einer Anhörung in der vergangenen Woche dreimal auf den Termin 27. Januar festgelegt, habe diesen Termin jedoch nicht bestätigt. Die Kommunalen Spitzenverbände raten deshalb dazu, den Haushalt nach Beschlussfassung auszufertigen, jedoch nicht zur Regierung von Schwaben zu schicken. Ansonsten bestünde die Gefahr, dass die Regierung von Schwaben den Haushalt genehmige. Es sei schon absurd, dass der Haushalt des Landkreises nun unter Dach und Fach sei, dieser aber aus formalen Gründen nicht abgeschickt werden könne, bevor das Konjunkturpaket II nicht endgültig zusammen mit dem Haushalt des Freistaates Bayern in ca. 3 Wochen verabschiedet sei. Hierfür hätte es doch wohl bessere Lösungen gegeben.

Anschließend kommt Kreisrat Güller auf die Kreisumlage zu sprechen. Der Landkreis habe heuer einen Überschuss. Dies sei aufgrund des Schuldenstandes auch gut so. Hinzu komme eine um 0,3 Punkte sinkende Bezirksumlage. Deshalb sollten mit dem Überschuss Schulden getilgt, aber nicht zusätzlich die Kommunen belastet werden. Es wurde heute außerdem vom Bildungspunkt gesprochen. Kreisrat Güller macht deutlich, dass dies de facto kein Bildungspunkt sei. Schließlich fließen die Investitionen nicht zur Gänze in die Bildung. Hierbei handle es sich eher um einen Bevormundungs- bzw. Misstrauenspunkt gegenüber allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern im Landkreis. Es sei außerdem ein Punkt, der nicht alle, aber doch manche Gemeinden hart treffe. Vielen Kommunen im Landkreis gehe es gut. Im Landkreis gebe es aber auch Kommunen kurz vor der Haushaltsnotlage. Deswegen wäre es richtig gewesen, jeder Kommune die Entscheidungsfreiheit über die Verwendung dieser Gelder zu geben.

Die Begründung für die Erhöhung der Kreisumlage lautete, dass der Landkreis in den nächsten Jahren seine Investitionen abfinanzieren müsse. Die Kreisumlage der nächsten Jahre werde sehr stark von drei Faktoren abhängen, erstens davon, wie sich der Haushalt des Freistaates Bayern nach dem 10-Mrd.-Desaster der Landesbank und weiteren in diesem Bereich vorhandenen Risiken entwickle. Hier werde auf den Freistaat Bayern noch einiges zukommen. Zweitens hänge die Kreisumlage von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und

zum dritten vielmehr als von den Bildungsinvestitionen von den Investitionen und den Kosten des Klinikums ab. Es gehe viel stärker darum, wie es mit der Zukunft des Klinikums weiter gehe, als dass der Landkreis Probleme haben werde, die Schulen in Bobingen, Zusmarshausen, Neusäß und Königsbrunn abzufinanzieren. Insofern brauche man eigentlich nicht von einem Bildungspunkt sprechen, sondern man könne von einem Klinikumpunkt bzw. Klinikumpunkten sprechen. Dies werde die entscheidende Frage der nächsten Jahre sein.

Blicke man zurück, welche Kreditaufnahmen der Landkreis in den letzten Jahren getätigt habe und in welcher Höhe diese im Haushalt standen, so müsse festgestellt werden dass teilweise gar keine Kreditaufnahmen getätigt werden mussten bzw. nur 10 oder 20 % dessen, was an Kreditaufnahmen vorgesehen gewesen sei. Der Landkreis habe bei den Kreditaufnahmen daher sehr viel mehr freien Raum als heute diskutiert. Aufgrund dieser Lage wäre es nur fair, wenn man die Verantwortung an die jeweilige Kommune abgeben, diese nicht bevormunden und ihr auch nicht misstrauen würde, dass sie nicht selbst in der Lage sei, eine mittelfristige Finanzplanung zu machen. Deshalb bitte die SPD-Fraktion darum, zunächst über die Kreisumlage abzustimmen. Die SPD-Fraktion wolle keine Erhöhung der Kreisumlage. Mit dem Überschuss solle trotzdem ein Teil der Schulden getilgt werden. Selbst bei gleich bleibender Kreisumlage liege der Landkreis Augsburg beim Schuldenstand im unteren Drittel aller Landkreise in Bayern.

Insgesamt liege dem Kreistag ein in weiten Teilen auch sozialdemokratischer Haushalt vor. Der Landkreis bringe Investitionen ebenso wie das System der Ganztagschule und Ganztagsbetreuung weiter. Im Sozialbereich werden die notwendigen Mittel zur Unterstützung der Hilfe suchenden Menschen zur Verfügung gestellt. Die SPD-Fraktion lege aber auch Wert darauf, dass genügend Angebote gemacht werden, dass sich diese Menschen auf absehbare Zeit selbst helfen können. Darüber hinaus fördere der Landkreis Vereine und Verbände im allgemeinen, kulturellen und auch sportlichen Bereich. Sozialen Organisationen werden ebenfalls die notwendigen Mittel gegeben, auch wenn man sich selbstverständlich an jeder Ecke mehr vorstellen könnte. Hier werde man im Lauf des Jahres mit der Kreissparkasse Augsburg noch die eine oder andere Diskussion zu führen haben. Insgesamt stimme jedoch die Förderrichtung des Landkreises. Leider bestehe momentan ein großer Negativpunkt, und zwar das Thema Kreisumlage. Kreisrat Güller appelliert deshalb im Namen der SPD-Fraktion an die Anwesenden, dieses einzige Manko in diesem Haushalt durch eine Einzelabstimmung vor der Gesamtabstimmung zu beheben. Dann wäre dies ein rundherum gelungener Gesamthaushalt, den die SPD-Fraktion auf jeden Fall unterstützen werde, da der Haushalt in den genannten Punkten auch deutlich die Handschrift der SPD aufweise.

Der heute zur Verabschiedung vorliegende Haushaltsplan 2009 trägt laut **Stv. Landrat Häusler** von der FW-Fraktion eine neue Handschrift und stellt gleichzeitig einen Paradigmenwechsel dar. Dieser Kreishaushalt sei geprägt von einem sehr hohen Investitionsanteil und von weit in die Zukunft reichenden Entscheidungen. Er spiegelt aber auch einen veränderten Politikstil wieder, und zwar einen der klaren und unmissverständlichen Entscheidungen. Die heutige Vorlage - dies dürfte unbestritten sein - hätte Schwierigkeiten gehabt, im letzten Kreistag den entsprechenden Rückhalt zu finden. Dies sei ein mutiger, in die Zukunft gerichteter Haushalt.

Zunächst bedankt sich Stv. Landrat Häusler ganz herzlich bei all denjenigen, die Verantwortung übernommen und die erforderlichen Vorbereitungen getätigt haben, und zwar bei Landrat Sailer, bei Herrn Seitz und Herrn Püschel für die zügige Vorlage, das offene Gespräch und das kommunikative Miteinander sowie für das gute Klima und das stete Bemühen um Konsens, aber auch für das Festhalten an klar formulierten Zielen. Der Dank gelte aber auch den Kolleginnen und Kollegen der FW-Fraktion, den Fraktionsvorsitzenden für das sachliche Miteinander und den Mitgliedern der Fachausschüsse, die in akribischer Kleinarbeit die Vorlagen und Anträge durchgearbeitet und zur Entscheidungsreife gebracht haben. Dabei wur-

den die unterschiedlichen Fraktionsstandpunkte in fast allen Einzelpositionen zusammengeführt.

Stv. Landrat Häusler erklärt, er werde deshalb sein Statement auf wenige Einzelpositionen begrenzen. Im Wesentlichen handle es sich dabei um vier Bereiche, und zwar als Schwerpunktthemen die Bereiche Bildung und Wirtschaftsförderung, das Thema Stärkung des ländlichen Raums und die Sicherung der Daseinsfürsorge.

Die FW-Fraktion stehe nach wie vor für eine Gleichrangigkeit von schulischer und beruflicher Bildung und somit zum dualen Bildungssystem. Dort, wo der Landkreis in der Trägerschaft stehe, wolle die FW-Fraktion den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Schülerinnen und Schülern ein mindestens vergleichbares Angebot zur Verfügung stellen, wie dies in anderen Regionen der Fall sei. Daraus resultierte auch der Auftrag, das Schulgutachten im vergangenen Jahr zum Abschluss zu bringen, anhand dessen dann genau festgestellt werden solle, wo die Defizite liegen und wo Investitionsbedarf herrsche.

Im Bereich der Realschulen habe sich die - nicht neue - Auffassung der Freien Wähler bestätigt, dass ein Missverhältnis von eingerichteten Klassen und vorhandenen Schülerinnen und Schüler gegenüber vorhandenen Schulräumen gegeben sei. Insbesondere in Zusmarshausen, aber auch in Bobingen herrsche hier dringender Handlungsbedarf. Deshalb wurde von der FW-Fraktion auch der Antrag in den Haushalt eingebracht, in Zusmarshausen den 2. Bauabschnitt fertig zu stellen und in Bobingen den längst überfälligen Anbau jetzt zu realisieren. Stv. Landrat Häusler betont, man sei Landrat Sailer deshalb außerordentlich dankbar für den aufgegriffenen Vorschlag, in Zusmarshausen die Schaffung neuer Unterrichtsräume mit der Mittagsbetreuung an der Hauptschule in Einklang zu bringen. Dies sei ein leuchtendes Beispiel für Kooperation von Haupt- und Realschule und auch in diesem Bereich eine absolute Stärkung des Hauptschulstandortes. Schließlich bekenne man sich immer medial dazu. Hier werde dies auch tatsächlich umgesetzt.

Gott sei Dank habe sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Außenstellen pädagogisch und organisatorisch nicht als Dauerlösung zu verantworten seien. Dies sei im Übrigen auch die klare Feststellung des Ministerialbeauftragten. Die Erfahrungen in Steppach hätten dies ebenfalls eindeutig bestätigt. Deshalb sei es folgerichtig, die Erweiterungen im Realschulbereich jetzt, und zwar im Haushalt 2009, zu veranlassen und in Angriff zu nehmen. Stv. Landrat Häusler dankt den Kolleginnen und Kollegen im Schul- und Kulturausschuss sowie im Bau- und Umweltausschuss, die den gemeinsamen Vorschlag von CSU und Freien Wählern unterstützt und 1,5 Mio. € für Bobingen und 0,8 Mio. € plus 1,6 Mio. € als Verpflichtungsermächtigung, insgesamt 2,4 Mio. €, für Zusmarshausen eingestellt haben. Stv. Landrat Häusler dankt in diesem Zusammenhang aber auch den Kolleginnen und Kollegen, die bisher in diesem Punkt etwas Zurückhaltung geübt, dieses Konzept in den Fachausschüssen dann aber mitgetragen hätten.

Bei den Gymnasien bestehe entsprechend dem Schulgutachten, aber auch nach Auffassung des Kultusministeriums, ein dauerhafter Kapazitätsengpass, und zwar im gesamten Großraum Augsburg. Allererste Priorität habe allerdings für den Landkreis unbestritten die Generalsanierung in Königsbrunn mit rd. 22 Mio. €, darin nicht eingerechnet eine mögliche Sanierung der Turnhalle. Dieses Thema müssten Stadt Königsbrunn und Landkreis Augsburg noch in gemeinsamer Kraftanstrengung meistern. 6 Mio. € als diesjähriger Ansatz seien insoweit realistisch, dass die Umsetzbarkeit auch gewährleistet werden könne.

Ein zusätzliches Gymnasium unter der Maßgabe einer Entlastungsfunktion für die Stadt Augsburg wurde dem Landkreis Augsburg vom Kultusministerium zugebilligt. Insofern sei es konsequent, den Auftrag für eine Standortsimulation zu vergeben. Im Haushalt seien insgesamt 130.000 € eingestellt, zum einen für die Standortsimulation und zum anderen für die Ausschreibung der Schülerbeförderung im Paket. In der Öffentlichkeit werde oft der Eindruck

erweckt, dass der Standort Stadtbergen bereits gesetzt sei und allenfalls Bobingen noch Außenseiterchancen hätte. Die Straßenbahn nach Stadtbergen sei sicherlich nicht das einzig entscheidende Kriterium. Mit der Regionalbahn seien drei dieser Bewerberstandorte mindestens gleich gut und schnell erreichbar.

Die FW-Fraktion sei dem Schul- und Kulturausschuss außerordentlich dankbar, dass dieser ihrem Ansinnen entsprochen habe, in den Prüfungsauftrag die Maßgabe "zur Stärkung des ländlichen Raums" aufzunehmen. Eines sei grundsätzlich klar: Auftraggeber und künftiger Schulaufwandsträger sei der Landkreis Augsburg, und eine Entlastungsfunktion für die Stadt Augsburg werde jegliches zusätzliche Gymnasium im Landkreis erbringen, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung.

Die höchste Priorität habe allerdings die Verbesserung der räumlichen Verhältnisse an den Beruflichen Schulen in Neusäß. Die übergangsweise Containerlösung solle nach Auffassung der FW-Fraktion auf die jetzt eingerichteten max. 3 Schuljahre begrenzt bleiben. Eine Gesamtkonzeption für Neusäß brenne wohl allen miteinander auf den Nägeln. Am Schulstandort Neusäß werden mittlerweile über 3.300 Schülerinnen und Schüler auf sehr engem Areal unterrichtet. Die Standortsimulation solle hier entsprechende Lösungsansätze aufzeigen. Stv. Landrat Häusler verweist auf die infrastrukturellen Probleme, wie z. B. die Parkplatzsituation, die hierbei explizit mit zu berücksichtigen seien. Deshalb sei es sehr konsequent, den ursprünglichen Ansatz von 200.000 € plus 100.000 € ab dem Jahr 2010 auf jetzt 300.000 € zu verändern und insgesamt bereits im Jahr 2009 in den Haushalt einzustellen, um auch mit dieser Maßnahme rechtzeitig vorankommen zu können.

Zusammengefasst sei festzustellen, dass die 5 genannten Schulbauinvestitionen in der mittelfristigen Finanzplanung des Landkreises ein Gesamtvolumen von rd. 75 Mio. € vorweisen. Dies müsse haushaltstechnisch auch gestemmt werden.

Anschließend spricht Stv. Landrat Häusler die Wirtschaftsförderung und das Standortmarketing als eine elementare und in letzter Konsequenz auch existenzielle Zukunftsaufgabe an. Daran sollte der Landkreis festhalten. Denn die wirtschaftliche Prosperität dieses Lebensraums bedinge auch ganz wesentlich die Leistungsfähigkeit der künftigen Landkreishaushalte, insbesondere aber auch der sozialen Fürsorgeleistungen. Wer sich mit der Vorgabe der Haushaltsplanung ausreichend befasst habe, müsse feststellen, dass der Landkreis trotz guter Ausgangslage hinsichtlich der Steuer- und Umlagekraft deutlich unter dem schwäbischen und unter dem bayerischen Durchschnitt liege. Dies bedeute, der Landkreis müsse sich positionieren und nachhaltige Akzente setzen. Hierfür gebe es zwei Tätigkeitsbereiche, den einen davon im engeren Wirkungskreis des Landkreises.

Wer in Cham dabei gewesen sei, habe festgestellt, dass in einem wesentlich kleineren Landkreis eine Manpower von 6 Personen für die Wirtschaftsförderung vorgehalten werde. Der Landkreis Augsburg leide daher an einer etwas knapp bemessenen Personalkapazität. Hinsichtlich der Bestandsbetreuung der Unternehmen und Handwerksbetriebe werde im Hause aber gute Arbeit geleistet. Allerdings - und dies sei ein ganz wesentlicher Hinweis für die Zukunft - benötige der Landkreis eine aktive Akquise, eine landkreisweite kommunale Vernetzungsstruktur und innovative Marketingkonzepte. Diese können mit der vorhandenen Manpower nicht ausreichend entwickelt und umgesetzt werden.

Die Wirtschaftsförderung sei aber auch eine interkommunale Gemeinschaftsaufgabe. Die engsten Partner des Landkreises seien die Stadt Augsburg und der Landkreis Aichach-Friedberg. Diese prägen mit dem Landkreis Augsburg gemeinsam den Wirtschaftsraum Augsburg. Der Kreisausschuss habe sich zur Regio Augsburg Wirtschaft GmbH bekannt und in den Haushalt insgesamt 147.500 € inklusive einer Stammkapitaleinlage von 7.500 € eingestellt. Allerdings sei nach Auffassung der FW-Fraktion auch Skepsis angesagt. Denn die gleichen Pferde - die der Augsburg AG - nur vor einen neuen Wagen zu spannen, bringe nicht zwangsläufig neuen Schwung für das ganze Gefährt. Besser sei es oft, die Pferde zu wechseln, damit diese neuen Schwung und neue Ideen bringen.

Der Landkreis Augsburg nehme mittels seines Haushaltes seine Verantwortung eindrucksvoll wahr. Für die Multifunktionshalle der Messe Augsburg werden insgesamt 894.000 € zur Verfügung gestellt. Damit bekenne sich der Landkreis Augsburg zum Messestandort Augsburg und übernehme die entsprechende Verantwortung.

Sehr nachhaltig müsse auch die Umsetzung der Mobilitätsdrehscheibe angemahnt werden. Diese Mobilitätsdrehscheibe, die zwar im Aufgabenbereich der Stadt Augsburg liege, sei das Kernstück eines funktionierenden ÖPNV, einer Durchbindung durch den Hauptbahnhof und außerdem auch wichtig für die Kapazitätsanpassung aufgrund des zunehmenden Güterverkehrs. Bei der Bahnkonferenz wurde vor kurzem dargestellt, dass das Güterverkehrsaufkommen in naher Zukunft um 80 % anwachsen werde.

Der Landkreis müsse sich außerdem in die Weiterentwicklung und den Ausbau des Innovations- und Forschungsstandortes Augsburg einbringen. Erste Erfolge konnten gemeinsam für die Region bereits mit der Ansiedlung des Fraunhofer-Instituts und des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt erzielt werden. Ein großes Projekt stehe bevor, dem man sehr aufgeschlossen gegenüberstehen sollte, und zwar die Entwicklung des Technologiecampus Augsburg in Verbindung mit der Stärkung der Universität und des Hochschulstandortes Augsburg.

Die Wirtschaftspolitik des Landkreises müsse sich politisch zukünftig auf Augenhöhe mit der Stadt Augsburg bewegen. Dies sei eine der größten Herausforderungen und gleichzeitig auch eine der größten Chancen für die nächsten Jahre, so Stv. Landrat Häusler.

Zum Thema ländlicher Raum wurden entsprechende Ansätze in den Haushalt aufgenommen. Dies gehe von der Verbesserung des Angebots an weiterführenden Schulen mit der Darstellung der Konzentration auf den ländlichen Raum bis hin zur Verbesserung des ÖPNV. Die zusätzlich in den Haushalt eingestellten 400.000 € seien ein richtiges und wegweisendes Zeichen. Die Kommunen werden dies mit 40 % ko-finanzieren. Der Haushalt beinhalte außerdem Tiefbaumaßnahmen mit rd. 3,1 Mio. € im Bereich der Kreisstraßen, Brücken sowie für die Vernetzung von Rad- und Gehwegen und trage mit diesen Infrastrukturmaßnahmen zu einer deutlichen Verbesserung im ländlichen Raum bei.

Bei der Sicherung der Daseinsfürsorge werde in erster Linie immer die Krankenhauslandschaft angesprochen. Der Landkreis Augsburg gebe im Kreishaushalt rd. 12 Mio. € für diese Maßnahmen inklusive der Umlage an den Freistaat Bayern aus. Ursprünglich wären es 4,3 Mio. € mehr gewesen. Dies hänge jedoch damit zusammen, dass die Stadt Augsburg nicht in der Lage sei, ihre Anteile zu finanzieren. Damit entlaste der Landkreis zwar seinen Haushalt deutlich, habe aber das Problem der Investitionen nicht gelöst, sondern schiebe dieses vielmehr weiter vor sich her.

Für die Sicherung der Grundversorgung bei den Wertachkliniken Bobingen und Schwabmünchen gebe der Landkreis Augsburg im Jahr 2009 immerhin 5 Mio. € aus, allein 4,1 Mio. € für die Fertigstellung bzw. Weiterentwicklung der beiden dritten Bauabschnitte.

Das Klinikum dürfe nicht immer nur als Kostenträger gesehen werden. Dieses müsse als Haus der höchsten Versorgungsstufe mit seiner Hochleistungsmedizin auch einmal ins Positive gerückt werden. Das Klinikum Augsburg habe universitären Charakter, nur eben nicht die universitäre Finanzierung. Der Landrat habe hier die mutige Entscheidung herbeigeführt, ein Strukturgutachten durch ein Wirtschaftsprüfungsinstitut in die Wege zu leiten. Dies sei eine unpopuläre Maßnahme, die aber in die richtige Richtung gehe. Dies zeuge von Wahrnehmung und Verantwortung und sei ein Bekenntnis dazu, die Hausaufgaben, die dem Landkreis als Träger auferlegt werden, auch zu machen. Gleichzeitig müsse aber an den Freistaat Bayern herantreten und dieser in die Pflicht genommen werden. In welcher Form eine Unterstützung erfolge, sei eine andere Frage. Entscheidend sei, dass das Klinikum Augsburg eine mit den Universitätsstandorten vergleichbare Finanzausstattung erhalten müsse.

Zum Konjunkturprogramm II des Bundes merkt Stv. Landrat Häusler an, dass die von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen mit Kosten in Höhe von 44,9 Mio. € nicht haushaltstechnisch veranschlagt seien, sondern es sich hierbei um zusätzliche Investitionen für energetische Sanierungen bzw. für den Betreuungsbereich handle. Unabhängig von dem Anteil, den der Landkreis genehmigt erhalte, werde beim Landkreis ein Anteil von 25 % verbleiben. Unter Umständen werde deshalb ein Nachtragshaushalt notwendig, der ebenfalls noch finanztechnisch abgewickelt werden müsse. Auf den Landkreis werden somit zusätzliche Kredite zukommen. Das von Kreisrat Güller dargestellte Gießkannenprinzip ist aus Sicht von Stv. Landrat Häusler allerdings unsinnig. Dies wäre nur eine Mittelverschiebung und würde konjunkturell überhaupt nicht greifen.

Zur Erhöhung der Kreisumlage um einen Prozentpunkt verweist Stv. Landrat Häusler auf die zukunftsorientierte und zukunftsinvestive Politik, die im Landkreis von allen gemeinsam getragen werde. Diese müsse auch in eine solide Haushalts- und Finanzplanung gegossen werden. Eine ganz wesentliche Aufgabe sei, dass dies nicht gänzlich zulasten nachfolgender Generationen oder auch der kreisangehörigen Kommunen abgewälzt werde. Der Landkreis brauche für die Zukunft weiteren Gestaltungsspielraum, und zwar in einem verantwortlichen Maße. Arbeite man das Haushaltsjahr 2009 entsprechend der Vorgaben ab, dann werde man einen Gesamtschuldenstand von rd. 40 Mio. € haben. Nehme man die mittelbare Verschuldung hinzu, so liege der Landkreis deutlich über dem Landesdurchschnitt. Stv. Landrat Häusler betont daher, dass reine Schuldenpolitik keine Gestaltungspolitik sein könne. Eine bewusste Überschuldung, die nicht unbedingt nötig sei, sei auch eine Mogelpackung gegenüber den landkreisangehörigen Kommunen, denn die dafür anfallenden Zinsen seien wiederum umlagerelevant.

Wer jetzt den Städten, Märkten und Gemeinden signalisiere, dass eine moderate Erhöhung zur rechten Zeit überflüssig oder willkürlich wäre, der verkenne die Wirklichkeit und die Herausforderung, vor der der Landkreis stehe. Die Kommunen mahnen den Landkreis auch an, einen entsprechend hohen Standard an struktureller Verbesserung, an sozialer Sicherheit, an verbesserten Lebensbedingungen auf der Fläche zu organisieren und einzurichten. Es liege daher auch in der Verantwortung des Landkreises, deutlich zu machen, dass dies zum Nulltarif nicht leistbar sei. Die Kommunen müssten rechtzeitig darauf hingewiesen werden, welche Herausforderungen für den Landkreis bzw. für das Gemeinwesen anstehen, damit sie auch selbst ihre entsprechenden Vorkehrungen treffen und ihre Haushalte planen können.

Diese Herausforderung für die abschließende Haushaltsberatung im Kreisausschuss haben die Fraktionen der CSU, der Freien Wähler, der Grünen und der FDP mitgetragen. Ob man von einem Bildungs- oder Klinikumpunkt spreche, spiele überhaupt keine Rolle. Entscheidend seien eine Konsolidierung des Kreishaushaltes und damit ein Verzicht auf das Auf und Ab der Hebesätze. Kontinuität sei die beste Planungssicherheit, die man sich vorstellen könne. Stv. Landrat Häusler erinnert daran, dass Landrat Sailer aus seiner politischen Wahrnehmung und politischen Verantwortung heraus sogar die Rücknahme der im letzten Jahr erfolgten Senkung um 1,75 Punkte vorgeschlagen habe. Auch dies wäre durchaus angemessen und zu rechtfertigen gewesen.

Nicht berücksichtigt in der Haushaltsplanung waren zusätzliche Investitionsanteile für das Klinikum im Zuge der Generalsanierung oder auch für die überfällige Medizintechnik. Im Moment werden nur die Maßnahmen finanziert, für die Fördermittel fließen.

Auch den wirtschaftlichen Abschwung dürfe man nicht außer Acht lassen, den man gerade tagtäglich erlebe. Der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung gehe von einem Minus von 2,25 % aus. Andere Institute sprechen von einem Minus von 2,8 %. Im vergangenen Jahr konnte ein Zuwachs im Export von 3,9 % verzeichnet werden. Nach dem Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung seien es nun – 8,9 %. Die hiervon sehr stark betroffenen Kurz- und Leiharbeiter werden die sozialen Haushalte zusätzlich tangieren, so dass der

Landkreis keine positive, sondern eher eine sehr kritische Entwicklung vor sich habe. Nehme man die Aussagen der Agentur für Arbeit ernst, dann befinden sich laut Mitteilung vom 22.01.2009 100 Betriebe im Landkreis mit 4.000 Personen in Kurzarbeit - mit steigender Tendenz. Die Umlagen werden im Jahr 2009 deshalb entsprechend zurückgehen, während die Sozialaufwendungen steigen. Dies werde sich im Haushalt 2011 erstmals deutlich auswirken. Stelle der Landkreis heute einen Haushalt auf, müsse man dabei auch die mittelfristige Finanzplanung im Fokus haben.

Hinzu komme die flächendeckende Einführung von Ganztagschulen, die von allen gewollt sei und auch von allen gefordert wurde. Der Bildungsgipfel habe ein entsprechendes Signal gegeben. Als weitere Punkte nennt Stv. Landrat Häusler die Verringerung der Klassenstärken oder auch die Jugendsozialarbeit. Dies alles sei ohne eine entsprechende Kostenbeteiligung der Kommunen nicht möglich. Die Bereitschaft des Freistaates Bayern, in die Zuschussung der Ganztagesbetreuung einzusteigen, sei natürlich auch ein Ergebnis der Landtagswahl. 2001 wurde dies noch ganz anders gesehen und gewertet.

Zusammenfassend bezeichnet Stv. Landrat Häusler den Haushalt 2009 als kommunales Konjunkturprogramm. Die heute hier abgegebenen Investitionsversprechen dürften keine Investitionssprüche sein, man müsse diese umsetzen. Im Falle der Umsetzung müssten die vorgesehenen Kredite auch in Anspruch genommen werden. Die FW-Fraktion jedenfalls poche auf die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen. Die Menschen und die Wirtschaft in diesem Lebensraum hätten ein Recht auf verlässliche Rahmendaten.

Außerdem stellt Stv. Landrat Häusler fest, dass Schüler dann untergebracht werden müssen, wenn sie da seien. Dies sei jetzt und in den nächsten Jahren der Fall. Deshalb sei das Problem, den nötigen Schulraum zur Verfügung zu stellen, besonders dringend. Die Fraktion der Freien Wähler sei auch bereit, in Steine zu investieren. Schließlich sei Bildung der wesentliche Rohstoff in diesem Land. Der Landkreis sei aufgefordert, entsprechende Chancengleichheit zu wahren und auch den Mitbürgerinnen und Mitbürgern im ländlichen Raum ähnliche Bedingungen anzubieten.

Der Haushalt 2009 trage im Hinblick auf die dargestellten Eckwerte ganz eindeutig die Handschrift des neuen Landrats und der Fraktionen, die in diesem Hause die Gestaltungsmehrheit innehaben. Dazu zähle auch die FDP. Der Haushalt 2009 bilde das Fundament einer zukunftsinvestiven und innovativen Landkreispolitik. Der Landkreis stelle sich im Wettbewerb der benachbarten Regionen gut auf, er nehme die Herausforderungen und seine Verantwortung in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht absolut wahr. Deshalb sollte man den Haushalt als Ganzes akzeptieren oder als Ganzes ablehnen, denn der Hebesatz sei ein ganz wesentliches Instrument eines Haushalts.

Die vorgetragenen Gründe sind aus Sicht von Stv. Landrat Häusler ausreichend und überzeugend, weshalb die Fraktion der Freien Wähler dem vorgelegten Haushalt 2009 einhellig zustimmen werde.

Für die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen spricht **Kreisrätin Jung**. Diese weist vorweg darauf hin, dass auch ihre Fraktion die Verantwortung der Kommunalpolitik wahrnehme, nicht nur die Mehrheit der Politik in diesem Raum.

Kreisrätin Jung bedankt sich zuerst bei Herrn Seitz und seinem Arbeiterteam für die Vorbereitung des Haushalts 2009. Die Arbeitsunterlagen seien immer übersichtlich und gut vorbereitet gewesen und wurden zu jeder Sitzung aktualisiert. Sie bedankt sich außerdem für die Erläuterungen im Rahmen der Haushaltsklausur ihrer Fraktion.

Mit einem relativ geringen Defizit - im Vergleich zu den Vorjahren - sei der Landkreis in die Haushaltsberatungen eingestiegen. Die ungewöhnlich hohen Schlüsselzuweisungszuwächse von 5.908.700 € und eine gute Umlagekraft, obwohl der Landkreis schwabenweit eher unterdurchschnittlich sei, machten es möglich, die Vorberatungen im Gegensatz zu vergangenen

Beratungen ohne große Streichungen zu behandeln. Eigentlich seien es die Erhöhungsanträge gewesen, die die Beratungen prägten. Am Ende stehe nun ein ungedeckter Bedarf von minus 1.336.600 € und damit de facto ein Plus. Dies hatte der Landkreis noch nie, seit sie im Kreistag sei, stellt Kreisrätin Jung fest, und zwar seit 1990.

Die allgemeine, viel beschworene Wirtschaftskrise mache sich in diesem Haushalt, jedenfalls bei der Einnahmenseite, nicht bemerkbar. Schon bei den Haushaltsberatungen 2008 seien deutliche Einnahmehmehrungen zu erkennen gewesen. Im vergangenen Jahr konnte der Landkreis durch eine Senkung der Bezirksumlage um 2,2 Punkte eine Einnahmenverbesserung um 4,5 Mio. € verbuchen. Nachdem nach aktuellen Meldungen die Bezirksumlage um 0,3 Punkte gesenkt werde, könne der Landkreis damit nun auch die geplante Kreditaufnahme im Haushalt 2009 noch einmal um 552.000 € auf rd. 12,9 Mio. reduzieren.

Bei dieser guten Einnahmesituation könne es der Landkreis riskieren, für 2009 hohe Investitionen einzuplanen, die sich natürlich auch mittelfristig niederschlagen werden, da sie nicht in einem Jahr abgeschlossen seien. Diese Maßnahmen belasten die Haushalte der kommenden Jahre. Dies sei sicherlich allen klar.

Doch möchte Kreisrätin Jung an der Stelle darauf verweisen, dass in den Jahren 2004-2007 wenig investiert wurde, was den Begriff „zukunftsfähig“ verdient hätte – sehe man einmal vom Neubau der Förderschule in Dinkelscherben (allerdings ohne Passivhaus-Standard!) und von dem Anbau der Realschule Neusäß im Passivhaus-Standard ab. Man habe sich in vielen anderen Fällen auf notwendige Instandhaltungsmaßnahmen beschränkt, wegen der knappen Kassen in dieser Zeit. Die Folge sei natürlich ein hoher Bedarfsstau, den es nun gelte, sukzessive abzubauen.

Antizyklisches Handeln in Zeiten guter Finanzausstattung sei angesagt. Der Landkreis investiere endlich in Bildung und Schulen. Kreisrätin Jung erinnert diesbezüglich an den Antrag ihrer Fraktion aus dem Jahr 2005 zur Erweiterung der Beruflichen Schulen Neusäß. Ferner investiere der Landkreis in energetische Sanierung und in Passivbauweise. Auch hierzu verweist Kreisrätin Jung auf den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zum Haushalt 2008, der damals abgelehnt wurde. Des Weiteren investiere der Landkreis in den Klimaschutz, und zwar praktisch sichtbar mit der Stelle für einen Klimaschutzbeauftragten oder auch mit Energiesparprojekten an Schulen. Damit ließen sich schon in einem Jahr soviel Energiekosten einsparen, wie jetzt einmalig investiert werden.

Heuer gebe der Landkreis außerdem 400.000 € zusätzlich in den Nahverkehr, um den ländlichen Raum zu stärken. An dieser Stelle fordert Kreisrätin Jung allerdings noch einige Nachbesserungen, wie dies von ihrer Fraktion in der Vergangenheit schon deutlich gemacht wurde. Der Weg sei auf jeden Fall richtig. Der Landkreis investiere darüber hinaus in den RegioSchieneTakt und stelle Planungsmittel für die Staudenbahn in den Haushalt ein. Leider habe es die Staatsregierung noch nicht geschafft, eine klare Aussage zu treffen, wie es mit dem Bau des zusätzlichen Gleises am Hauptbahnhof Augsburg weitergehen solle. Dies wäre ganz wichtig für die Region.

All diese Gelder müssen zwar jetzt aufgebracht werden, sie ermöglichen dem Landkreis aber jetzt und in der Zukunft hohe Einsparungen bei den Energiekosten und sie reduzieren den CO₂-Ausstoß in der Zukunft. Deshalb seien diese Gelder gut angelegt und eine Investition in die Zukunft. Dies alles seien aber auch Maßnahmen, die schon längst hätten begonnen werden können, wäre die CSU-Mehrheit in der Vergangenheit den Anträgen der GRÜNEN gegenüber etwas aufgeschlossener gewesen. Dann nämlich hätte der Landkreis vielerorts Vorreiter sein können. So hinke der Landkreis hinterher, er mache zwar jetzt gute Dinge, aber andere hätten dies schon vor dem Landkreis getan.

Wenn die GRÜNEN von Wirtschaftsförderung sprechen, obwohl die Wirtschaftskompetenz jetzt anscheinend bei den Freien Wähler liege, dann sei für die GRÜNEN die Stärkung des heimischen Handwerks und der Mittelständler in der Region wichtig. Ebenso wichtig seien

energetische Sanierungsmaßnahmen und Investitionen in erneuerbare Energien. Durch das Erneuerbare Energien-Gesetz seien mehr als 130.000 neue Arbeitsplätze im heimischen Handwerk entstanden. Dies sei der rot-grünen Regierung zu verdanken, wie vieles andere mehr. Kreisrätin Jung betont, sie wolle heute aber nicht lamentieren, denn besser sei eine späte Erleuchtung als gar keine. Die GRÜNEN seien deshalb froh um die eingeplanten Maßnahmen, die den Landkreis weiter bringen und endlich zukunftsfähig machen.

Das Konjunkturpaket II ermögliche es dem Landkreis, mittelfristig geplante Maßnahmen vorzuziehen. Kreisrätin Jung hofft sehr, dass der Freistaat dies ebenfalls so sehe und die gemeldeten Landkreisprojekte auch genehmigt werden. In ihrer Fraktion könne man es sich durchaus vorstellen, bei personellen Engpässen ggf. geeignete Ingenieurbüros für einzelne Projekte zu beauftragen, um zeitnah bis 2011 eine Fertigstellung zu gewährleisten, wie dies im Konjunkturpaket vorgegeben sei. Schließlich sei die Abwicklung all dessen eine riesige Aufgabe. Dies sei der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen sehr wohl bewusst.

Von den Investitionen des Landkreises profitieren auch die Städte und Gemeinden des Landkreises. Sie profitieren von besseren und neuen Schulen, vom verbesserten Nahverkehr und von einer guten Krankenversorgung. Das Klinikum sei dabei noch gar nicht angesprochen. Kreisrätin Jung erklärt, sie wolle hier heute nicht tiefer einsteigen, denn das Klinikum werde den Kreistag in Zukunft noch einige Male beschäftigen. Es stehe noch eine große Herausforderung bevor – finanziell wie strukturell.

Trotz der hohen Investitionen seien dies alles Maßnahmen, die den Landkreis und auch die Kommunen im Landkreis stärken. Es sei legitim und zumutbar, dafür die Kreisumlage anzuheben. Von Beginn an sei für die GRÜNEN klar gewesen, dass keinesfalls eine Senkung der Kreisumlage erfolgen dürfe. Denn dies hätte die Bürgermeisterversammlung durchaus so fordern können. Auch in der Fraktion sei hierüber kontrovers diskutiert worden. Schließlich sei man jedoch zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Kreisumlagerhöhung um einen Punkt die anstehenden Investitionen sichere und die Kommunen nicht allzu sehr belaste.

Bei all der investitionsfreudigen Stimmung dürfe man aber nicht vergessen, dass es auch soziale Probleme gebe. Probleme, die im Landkreis Augsburg ebenso vorhanden seien wie anderswo. Es seien Probleme von unterschiedlichem Familieneinkommen, und die Unterschiede werden immer größer. Die Schere zwischen arm und reich klaffe immer weiter auseinander. Es müssten die politischen Rahmenbedingungen für die Menschen geschaffen werden, die nicht so viel zum Leben haben, nicht durch das soziale Netz zu fallen und denen Hilfe angeboten werden, wenn sie nicht weiter wüssten. Sitze jemand in der Schuldenfalle, könne es nicht sein, dass er oder sie 6 Monate auf einen Beratungstermin warten müsse. Kreisrätin Jung wirft die Frage auf, was ein guter Tipp in 6 Monaten helfen solle, wenn man heute in Not sei. Der Schuldenberg werde bis dahin nur noch größer. Deshalb habe ihre Fraktion auch ohne Zögern zugestimmt, die Mittel für die Schuldnerberatung der Caritas aufzustocken. Wenn das nicht ausreiche, dann müsse weiter aufgestockt werden. Es liege in der Verantwortung des Landkreises, hier zu handeln.

Außerdem müsse der Landkreis noch viel stärker präventiv tätig werden, bei Kindern, bei jungen Menschen und auch bei Erwachsenen. Man müsse Hilfen anbieten, wenn Erziehungsberechtigte überfordert seien. Es sei wichtig, auch gesellschaftspolitisch zu investieren – wenn man schon so viel von Investitionen im materiellen Bereich rede. Im Bereich der Jugendhilfe nennt Kreisrätin Jung beispielhaft die Erziehungsbeistandschaften, die sozialpädagogische Familienhilfe, aber auch die Erziehung in Tagesgruppen. Es müssen den jungen Menschen Angebote gemacht werden. Der Landkreis müsse dabei helfen, dass die jungen Leute einen Ausbildungsplatz finden. Es müsse auch im Interesse des Landkreises sein, diese jungen Menschen zu motivieren und ihnen eine Zukunftsperspektive zu bieten. Denn Perspektivlosigkeit schaffe Frust und Unzufriedenheit sowie Ausweglosigkeit und Aggression. Es wäre ja auch Verschwendung, soviel mögliches Potenzial nicht zu beachten. Deshalb setze die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen verstärkt auf Prävention. Das senke ei-

nerseits die Kosten für Heimunterbringung, für Arbeitslosigkeit, für Krankheit usw., Prävention sichere aber zugleich – und das sei noch viel wichtiger – ein friedliches Zusammenleben.

Es gäbe aus Sicht von Kreisrätin Jung noch viele Punkte anzusprechen, auch in diesem Haushalt. Zusammenfassend stellt Kreisrätin Jung schließlich fest, ihre Fraktion sei zuversichtlich gestimmt. Die Ziele seien gesteckt und mit den Vorstellungen grüner Landkreispolitik vereinbar. Der Landkreis investiere in Schulen und Bildung, saniere das Gymnasium Königsbrunn, wobei es hoffentlich nicht nur bei diesem einen bleibe. Daneben werde der Aus-/Neubau der Beruflichen Schulen Neusäß geplant. In diesem Zusammenhang kritisiert Kreisrätin Jung jedoch die Verzögerungstaktik der Vergangenheit. Es sei leider sehr spät für diese Maßnahme, denn die Enge in dieser Schule sei ihrer Fraktion mindestens schon seit 5 Jahren bekannt. Darüber hinaus investiere der Landkreis in ein neues Gymnasium. Stv. Landrat Häusler habe auf einen dauerhaften Kapazitätsengpass in diesem Bereich hingewiesen. Ein Gymnasium sei aus Sicht der GRÜNEN zu wenig, es werden mindestens zwei neue Gymnasien benötigt. Dies sei aber immerhin ein wichtiger Anfang. Der Landkreis erweitere ferner zwei Realschulen. Gerade Realschulen beklagen übervolle Klassen. Dies stelle deshalb nur eine kleine Entlastung dar.

Hinzu kommen Verbesserungen im öffentlichen Personennahverkehr. Es könnte hier noch mehr getan werden, Nachbesserungen seien notwendig. Immerhin tue sich aber nun etwas und der Nahverkehr komme in Fahrt. Der Landkreis bewege sich in Richtung Klimaschutz, und zwar mit einem Klimaschutzbeauftragten, mit energetischer Gebäudesanierung sowie mit der Bereitstellung von Dachflächen für Photovoltaikanlagen.

Die Renovierung der beiden Sitzungssäle wurde auf ein notwendiges Maß reduziert, die Schuldnerberatung aufgestockt und der Etat in der Jugendhilfe angehoben, wodurch mehr Präventionsarbeit geleistet werden könne. Trotzdem werde die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen die für sie ganz wichtige Schuldentilgung nicht aus dem Auge lassen. Dies alles könne bei "nur" 1 Punkt Kreisumlagererhöhung erfolgen. In diese Richtung können die GRÜNEN mitgehen. Kreisrätin Jung hofft, dass der Landkreis auch künftig auf der Spur bleibe, die er mit diesem Haushalt eingeschlagen habe und stimmt daraufhin im Namen ihrer Fraktion dem Haushalt 2009 sowie dem Investitionsplan zu.

Kreisrat Buhl bezeichnet den Haushalt 2009 als politisch unspektakulär und insgesamt von guten Rahmenbedingungen geprägt. Der in 2007 – und dies sei das Bezugsjahr bei der Umlagekraft – stattgefundenen Wirtschaftsaufschwung sei auch im Haushalt des Landkreises angekommen. Somit sei der Abgleich des Haushalts zu meistern, und zwar ohne die zunächst beängstigende Neuverschuldung von 21 Mio. €. Dass dem so sei, sei auch der engagierten und guten Arbeit der Beschäftigten des Landratsamtes sowie der Landkreistöchter zu verdanken. Die Beschäftigten seien das wichtigste Kapital.

Der Landkreis Augsburg habe einen ausgeglichenen Haushalt, trotz riesiger Investitionen, die aber von allen Fraktionen so gewollt seien und getragen werden. Jeder konnte bei den beachtlichen Summen für die Bildungslandschaft auf seine Wahlziele verweisen. Aber - wie bekannt - habe der Wähler nicht allen gleichermaßen vertraut. Entscheidend für die Zukunft der Kinder sei jetzt, dass quer über alle Parteigrenzen hinweg und auch zur Sicherung einer wirtschaftlichen Stabilität im Landkreis die Aufwendungen für die Bildung schnell angegangen werden.

Der Start in die neue Legislaturperiode mit durchaus veränderter politischer Kräfteverteilung könne absolut als gelungen bezeichnet werden. Dies sei aus Sicht der Fraktion FDP/ödp zum Großteil der äußerst sachlichen Arbeit des neuen Landrates zu verdanken, der alle politischen Kräfte in die Entscheidungsfindungen mit einbeziehe. Aber auch die Fraktionsführungen hätten einen Stil untereinander gefunden, der diese Arbeit erleichtere und erfolgreich

werden lasse. Dafür sage die Fraktion FDP/ödp als neue eigenständige Kraft im Kreistag ein ehrliches Vergelt's Gott.

Es sei bemerkenswert gewesen, dass in den Ausschüssen trotz gut gefüllter Kassen den Versuchungen widerstanden wurde, Füllhörner auszuschütten und neue Fässer aufzumachen. Die den Landkreis im nächsten und vor allem ab 2011 erwartbaren Haushaltsdaten hätten bei allen die angemessene Zurückhaltung ausgelöst. Dies sei verantwortliches Handeln, wie es von der Politik erwartet werden dürfe. Es habe keine Kampfabstimmungen gegeben, sehe man von der Höhe der Kreisumlage ab, auf die Kreisrat Buhl am Ende seiner Rede zu sprechen kommen möchte.

Kreisrat Buhl macht deutlich, wichtige Positionen für seine Fraktion im Haushalt sind und waren das Gesundheitswesen, der weitere Ausbau des ÖPNV, die Wirtschaftsförderung und nicht zuletzt die Bildung und die dazu entsprechenden Investitionen. Diese Schwerpunkte fänden sich allesamt im Haushalt wieder. Die FDP habe hieran gerne gut und konstruktiv mitgearbeitet.

Aufgrund der Erfahrung einer notwendig langen Planungs-/Vorlaufzeit aus der Sanierung des Gymnasiums in Königsbrunn wurden richtigerweise schon in 2009 Haushaltsmittel für die Planung der Beruflichen Schulen in Neusäß eingesetzt. Der Fokus dürfe eben nicht nur auf Gymnasien und Realschulen gerichtet sein, sondern müsse auch und gerade auf eine optimale Berufsausbildung abzielen. Die Diskussionen im Zusammenhang mit der Erweiterung der Realschulen in Bobingen und Zusmarshausen und auch im Zusammenhang mit einem neuen Gymnasium, dass keine Überkapazitäten geschaffen werden, seien wenig hilfreich, um nicht zu sagen sogar kontraproduktiv. Es werde immer wieder verdrängt, dass auch in Bayern höhere Übertrittsquoten zu weiterführenden Schulen erreicht und die Klassenstärken reduziert werden müssen. Allein wenn diese Faktoren eintreten, sei schon weiterer Raumbedarf erkennbar. Hinzu komme dann noch die Ganztagesbetreuung. Im Übrigen habe die FDP die Verringerung der Klassenstärken in das Koalitionspapier in München eingebracht. Leider wurde der Vorschlag der FDP, bis zum 6. Grundschuljahr ein Wahlrecht zum Übertritt an weiterführende Schulen zu haben, nicht in vollem Umfang übernommen. Dies hätte nicht nur im Landkreis Augsburg positive Auswirkungen auf die Raumnot in den Schulen gehabt.

Die Wirtschaftsförderung konnte seit der Kommunalwahl noch nicht wesentlich weiterentwickelt werden. Dies sei vor allem der Tatsache geschuldet, dass die Stadt Augsburg mit ihrer Augsburg AG nicht die treibende Kraft war und sei, die sie dem Landkreis immer vorgegaukelt habe. Die Augsburg AG sei eigentlich mehr mit sich selbst beschäftigt gewesen als mit ihrer Aufgabe, die sie zudem sehr nebulös beschrieben habe. Die Augsburg AG sei die Made in einem sonst in Augsburg eher fehlenden Speck gewesen. Man brauche sich nur den Umgang mit Dienstfahrzeugen oder den goldenen Handschlag für den Geschäftsführer ansehen. Es klinge auch nicht sehr überzeugend, was die Stadt Augsburg dem Landkreis jetzt mit der neuen Regio Augsburg Wirtschaft GmbH übermittle, wofür sie nun wieder Geldgeber suche. Hier hält es Kreisrat Buhl mit der Aussage des Kollegen Häusler, wonach dies alter Wein in neuen Schläuchen sei. Die Zurückholung wichtiger Entscheidungen in die politische Kompetenz der Verwaltungsspitze in Augsburg sei keine vertrauensbildende Maßnahme für den Landkreis Augsburg, da dort sicher nach dem Prinzip entschieden werde, dass das Hemd näher als der Rock sei. Der Landkreis müsse den eingeschlagenen Weg mit externer Beratung weiter gehen und seine Stärken herausstellen. Insofern werde es spannend, wenn demnächst die ersten Ergebnisse durch ExperConsult vorgelegt werden.

Der Start in die neue Zukunft des ÖPNV mit dem Fugger-Express sei gründlich in die Hose gegangen. Eine entsprechende Veranstaltung im Landratsamt habe dies auch offen zu Tage gelegt. Dies sei umso bedauerlicher, da diese Probleme die tatsächlichen Verbesserungen im Landkreis sehr stark überlagerten. Weiter habe sich im AVV niemand mehr um Verbesserungen der Infrastruktur und der Tarifgerechtigkeit gekümmert. Hier fühlen sich FDP/ödp

nach wie vor nicht gut bedient, sondern nur im Sinne der Gesellschafter verwaltet. Um es noch einmal zu verdeutlichen: FDP und ödp wollen eine deutliche Verbesserung im Service. Jedes Unternehmen, das am freien Markt bestehen wolle, sei daran interessiert, neue Kunden zu gewinnen und Stammkunden zu halten. Genau dies scheine beim AVV jedoch nebensächlich. Oberstes Ziel müsse es sein, sowohl die Fahrgastzahlen als auch den Komfort für die Fahrgäste zu erhöhen.

Im Moment habe man den Eindruck, der gesamte ÖPNV in der Region sei nur noch auf die Mobilitätsdrehscheibe in Augsburg ausgerichtet. Doch diese Betrachtungsweise sei der Fraktion FDP/ödp zu unscharf. Die Stadt Augsburg baue nach reichsstädtischer Festungsmentalität Einfallstraßen zurück. Dafür könnte man vielleicht noch Verständnis haben, wenn es darum gehe, Autoverkehr aus der Stadt zu halten. Zugleich werden aber die Beförderungskosten erhöht, Vergünstigungen abgebaut und der Service zurückgefahren. In diesem Zusammenhang erinnert Kreisrat Buhl an die Diskussion um die Streifenkarte und betont, dass in Augsburg unsägliche Dinge geschehen. Er regt deshalb im Namen seiner Fraktion an, baldmöglichst andere Nahverkehre und deren Organisationsformen zu besichtigen, um den ÖPNV auch im Landkreis inklusive einer reaktivierten Staudenbahn zu optimieren. Bezüglich der Staudenbahn gebe es einen intensiven Kontakt zwischen ihm und Wirtschaftsminister Zeil, so Kreisrat Buhl, der wie der Landkreis auf das entsprechende Gutachten warte. Bei dieser Gelegenheit erinnert Kreisrat Buhl aber auch an die Straßenbahn nach Königsbrunn. Mit diesem Thema werde sich der Kreistag bald beschäftigen.

Im Gesundheitswesen scheine die Gründung der Wertachkliniken ein guter Schritt gewesen zu sein. Es bleibe abzuwarten, ob das angepeilte Ziel, bis 2010 nahezu eine schwarze Null zu schreiben, dann auch erreicht werden könne. Leider wirken auf das Betriebsergebnis noch Ausflüsse aus früheren Jahren ein, die es bald gelte zu tilgen.

Beim Klinikum komme der Landkreis in 2009 vermeintlich etwas günstiger weg. Dies hänge aber im Wesentlichen nur mit der Streckung des Mittelbedarfs für die Beschaffung von Medizingeräten auf Folgejahre zusammen. Trotz immer neuer Vorschläge - wie zuletzt die der schwäbischen CSU-Landtagsabgeordneten - zeichnen sich realistisch keine nachhaltigen Verbesserungen aus dem Betriebsergebnis ab. Der Staat werde sich um das Klinikum, so das Ergebnis seiner Gespräche mit Minister Heubisch, erst dann wieder kümmern, wenn es im jährlichen Betriebskostenbereich entschuldet sei, berichtet Kreisrat Buhl. Dies sei zuerst vor Ort zu leisten, was auch die CSU-Landtagsgruppe aus Schwaben wisse. Seine Fraktion hoffe mit Landrat Sailer, dass die derzeitigen Untersuchungen im Klinikum diese Verbesserungen zeitigen, damit der Landkreis in den kommenden Jahren wieder Luft für andere wichtige Projekte gewinne. Auf die Unterstützung der FDP könne an dieser Stelle gebaut werden, da diese vor der Wahl ein klares Bekenntnis abgegeben habe, das Haus in kommunaler Hand zu behalten und zu betreiben. Dies sollte nach allem, was man höre, auch möglich sein.

Im Rahmen seiner Tätigkeit im Bezirkstag Schwaben sei aufgefallen, dass vor allem im Norden des Landkreises Augsburg bei der ambulanten Betreuung psychisch kranker Menschen ein weißer Fleck sei, berichtet Kreisrat Buhl weiter. Der Landkreis müsse für diese Menschen umgehend etwas tun. Dazu kündigt Kreisrat Buhl schon heute - sicher auch mit Unterstützung des Bezirkstagspräsidenten Reichert und des Kollegen Karl-Heinz Wagner - eine entsprechende Initiative an.

Beim Personal sei die Entwicklung im Haushalt unverdächtig und weiterhin weitgehend schlank. Dies dürfe durchaus lobend erwähnt werden. Kreisrat Buhl freut sich auch darüber, dass es gelungen sei, einen Klimaschutzbeauftragten im Stellenplan mit zu verankern.

Kollege Güller habe bereits erklärt, die AVA arbeite gut. Aber auch die FDP stelle fest, dass das Vertrauensverhältnis zwischen der Geschäftsführung und den Mitarbeiterinnen und Mit-

arbeitern in der AVA GmbH weiterhin massiv gestört sei. Kreisrat Buhl fordert im Rahmen der heutigen Haushaltsverabschiedung dazu auf, bald Entscheidungen zu treffen, damit dort wieder Ruhe einkehre. Es wäre ein fatales Signal, das Problem auszusitzen. Man könne Fehler machen. Aber der größte Fehler wäre es, gar nichts zu tun. Seiner Fraktion sei ein Ende mit Schrecken lieber als ein Schrecken ohne Ende.

In diesem Zusammenhang möchte Kreisrat Buhl auch einen Blick auf die Müllentsorgung im Landkreis werfen. Die Bürger stellen fest, dass seit einigen Monaten - vielleicht hänge dies mit einem Wechsel in der Entsorgung zusammen - die Containerabholung in den Städten und Gemeinden nicht mehr zuverlässig geschehe. Es müsse bei Neuausschreibungen deshalb darauf geachtet werden, dass nicht nur Angebotspreise entscheidend seien, sondern auch gewisse Leistungen einforderbar sein müssen, um den „Saustall“ um die Container herum zu beheben.

Zum Konjunkturpaket II verweist Kreisrat Buhl auf die Meinung der FDP, dass es gut wäre, die Steuern zu senken, um die Taschen der Bürger zu füllen. Schließlich können auch diese die Konjunktur ankurbeln. Die SPD mache es nach dem beliebten Gießkannenprinzip und wolle pro Kopf der Bevölkerung einen gewissen Betrag zur Verfügung stellen. Die FDP wolle hingegen punktuell nach Erfordernissen vorgehen. Dies sei liberal, so Kreisrat Buhl.

Bei der Kreisumlage sei die Diskussion schon etwas bizarr verlaufen. Alle rufen nach dem Landkreis und notwendigen Investitionen, vor allem im Bildungsbereich. Komme es dann zum Schwur, stehe der Landrat bei der Finanzierung ziemlich einsam da. Die Fraktion FDP/ödp - weil ohne Bürgermeister - könne hier ausschließlich nach Sachlage entscheiden. Nur dies sollte zählen. Wären die Bürgermeister im Kreistag ohne Stimmrecht, würde die Höhe der Kreisumlage sicherlich anders aussehen. Bei einer geheimen Abstimmung wäre dies wohl noch deutlicher.

Die Fraktion FDP/ödp habe für künftige Generationen in zweifacher Hinsicht Verantwortung übernommen, zum ersten aufgrund von Investitionen in Bildungseinrichtungen zur Chancengleichheit und zweitens durch eine Anhebung der Kreisumlage um 2 Hebesatzpunkte zur Vermeidung einer übergroßen Neuverschuldung. Dies sei nach Meinung von FDP und ödp sachgerecht gewesen. Mit dem, was im Haushalt stehe, brauche sich niemand ein schlechtes Gewissen einreden lassen. Dies alles seien ehrliche, belastbare Zahlen für notwendige Ausgaben. Wenn es alle so sehen würden, wie heute den ganzen Vormittag betont wurde, dann müsste dies doch auch bei der Kreisumlage zum Ausdruck kommen. Die FDP/ödp-Fraktion trage die Anpassung um einen Punkt mit, weil sie in die richtige Richtung gehe, auch wenn man sich eigentlich eine Erhöhung um 2 Prozentpunkte vorgestellt hätte.

Die Kreisumlage sei das gestaltende und maßgebliche Herzstück des Haushaltes. Eine separate Abstimmung darüber ist aus Sicht von Kreisrat Buhl logisch nicht nachvollziehbar. Es seien für ihn gegenläufige Entscheidungen, einerseits dem Haushalt zuzustimmen, die Höhe der Kreisumlage aber abzulehnen. Werde dies von der SPD so gewünscht, so erinnere er an einen unsäglichen Ausspruch des Kollegen Güller vor zwei Jahren, wonach die SPD nicht in Steine investieren wolle. An Kreisrat Güller gerichtet macht Kreisrat Buhl deutlich, dass Bildung eben nicht ohne die dazu notwendigen Räumlichkeiten verbessert werden könne. Dieses Ziel hätten aber doch alle. Stünde die Ablehnung der SPD-Fraktion für die Erhöhung der Kreisumlage noch in Zusammenhang mit der seinerzeitigen Feststellung, dann wäre dies jammerschade. Gerne lasse er sich eines Besseren belehren, so Kreisrat Buhl.

Wenigstens als Bezirksrat habe er noch etwas beisteuern können, indem in einem großen Miteinander im Bezirk Schwaben durch eine Senkung der Bezirksumlage die Neuverschuldung des Landkreises noch um ca. 550.000 € verringert werden konnte, wenn schon die Kreisumlagerhöhung um 2 Prozentpunkte nicht erfolge. Es wäre aber besser gewesen, alle Mitglieder der sonst immer so viel strapazierten kommunalen Familie hätten zum Ergeb-

nis beigetragen. In der Folge bedeute die zu geringe Erhöhung der Kreisumlage, wie dies die Augsburgener Allgemeine am 31.01.2009 auch feststellte, dass die Umlagezahler nun eben über die Kreditzinsen weiter zur Kasse gebeten werden.

Kreisrat Buhl erteilt abschließend die Zustimmung der FDP/ödp-Fraktion zum Haushalt 2009 und zur Haushaltssatzung samt Kreisumlagerhöhung.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommt **Landrat Sailer** auf den Wunsch der SPD-Fraktion zu sprechen, über die Höhe der Kreisumlage gesondert abzustimmen. Der Vorschlag der SPD-Fraktion laute, die Kreisumlage bei 45 Hebesatzpunkten zu belassen. Im Umkehrschluss würde dies eine Erhöhung der Kreditaufnahmen im Haushalt um 1,8 Mio. € bedeuten.

Kreisrat Schantin macht deutlich, dass dieser Antrag seines Erachtens nicht zulässig sei. Der Kreishaushalt 2009 sei auf die Kreisumlage mit 46 Prozentpunkten aufgebaut. Der Kreistag könne den Haushalt nach der Landkreisordnung nur im gesamten befürworten oder diesen insgesamt ablehnen. Eine separate Abstimmung über den Hebesatz sei demnach unzulässig, weshalb Kreisrat Schantin dem Antrag der SPD-Fraktion nicht zustimmen kann.

Herr Püschel erläutert dazu, dass eine gesonderte Abstimmung über die Umlage tatsächlich unzulässig wäre. Stimme der Kreistag über einen Hebesatz von 45 Prozentpunkten ab, müssten gleichzeitig Einnahmen aus der Kreisumlage in Höhe von 82.855.270,58 € angesetzt werden. Dies hätte zur Folge, dass die derzeit im Haushalt enthaltene Kreditaufnahme in Höhe von 16.792.700 € auf 18.633.928 € zu erhöhen wäre. Nur mit diesen Maßgaben wäre der Antrag der SPD-Fraktion zulässig. Kreisrat Güller habe auf Nachfrage bestätigt, dass der Antrag genau dies beinhalte, so dass der Antrag zulässig wäre.

Kreisrat Lettinger wendet ein, dass konsequenterweise auch der Ansatz für die Zinsen angepasst werden müsse. **Landrat Sailer** stimmt dem zu und lässt anschließend über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen. Der Antrag wird gegen die Stimmen der SPD sowie gegen eine Stimme der GRÜNEN abgelehnt.

Der Kreistag fasst somit folgenden

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die diesem Beschluss beiliegende Haushaltssatzung 2009. Der Haushaltsplan und Stellenplan 2009 samt Anlagen sowie der Finanzplan für die Jahre 2008 bis 2012 sind Bestandteil dieses Satzungsbeschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	68
Nein-Stimmen:	0

TOP 4 Änderung in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses Vorlage: 08/0288
--

Mit Schreiben vom 05.11.2008 hat das Bischöfliche Ordinariat Augsburg mitgeteilt, dass der Regionaljugendseelsorger Andreas Straub zum 01.09.2008 die Pfarrei St. Stephan in Mindelheim übernommen hat. Herr Pfarrer Straub war bisher Stellvertreter von Frau Kramer-Niederhauser im Jugendhilfeausschuss.

Nach Rücksprache mit der Kath. Kreisarbeitsgemeinschaft schlägt das Bischöfliche Ordinariat für das Amt des Stellvertreters von Frau Kramer-Niederhauser

Hochw. Herrn Andreas Jall, Äußeres Pfaffengässchen 7, 86152 Augsburg

vor.

Der Kreisausschuss hat sich mit der Angelegenheit am 01.12.2008 befasst und dem Kreistag empfohlen, der vorgeschlagenen Änderung in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses zuzustimmen.

Finanzielle Auswirkungen: <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr: <input type="checkbox"/> im Verw.HH: HhSt. € <input type="checkbox"/> im Verm.HH: HhSt. €	
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/Herstellungskosten): €	Jährliche Folgekosten/Folgelasten: <input type="checkbox"/> keine €	Gesamtfinanzierung Eigenanteil: €	Gesamtfinanzierung Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.): €

Bemerkungen:

Der Sachverhalt wird von **Landrat Sailer** vorgetragen. Der Kreistag fasst daraufhin wie folgt

Beschluss:

Auf Empfehlung des Kreisausschusses vom 01.12.2008 beschließt der Kreistag, als Nachfolger von Herrn Pfarrer Andreas Straub im Jugendhilfeausschuss

Hochw. Herrn Andreas Jall, Äußeres Pfaffengässchen 7, 86152 Augsburg

als Stellvertreter von Frau Kramer-Niederhauser zu benennen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	68
Nein-Stimmen:	0

TOP 5 Verschiedenes

- keine Vorlagen -

TOP 6 Wünsche und Anfragen

- keine -